

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis einschließlich der illustrierten Beilagen „Die neue Welt“ und „Für unsere Frauen“ monatlich 75 Pfg., vierteljährlich 2,25 M., einschließlich Trägerlohn. In der Abholstellen monatlich 60 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 M., einschließlich Beistellgeld. Einzelnummer 5 Pfg.

# Volkswacht

Anzeigenpreise:  
Die Ogepaltene Beilage 20 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 3 gepaltene Neblanzeile 60 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.  
Bei Wiederholungen Rabatt laut Tarif

## Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Beilagen: Die neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt für unsere Frauen mit illustrierter Modenzeitung

Nr. 95

Danzig, Donnerstag den 25. Juni 1914

5. Jahrgang

### Staatstreue Eisenbahner

Ein praktischer Eisenbahner schreibt uns:

In diesen Tagen hält der Trier-Berliner Eisenbahnerverband seinen 12. Delegiertentag in Hamburg ab. Zugleich wird das 20jährige Bestehen des genannten Verbandes mit großem Tamtam und Festlichkeiten gefeiert. Begründet wurde der Trier-Berliner Eisenbahnerverband vor dem Eisenbahnsatfer Holz, der im innigsten Verkehr mit dem verstorbenen Kaplan Dösbach und den katholischen Fachabteilungsleitern stand. Obwohl nach außen hin politisch neutral, wurde die gesamte Verbandsstätigkeit, wenn man von einer solchen überhaupt reden darf, von den katholischen Kaplänen bestimmt, was denn auch zu wiederholten inneren Krisen und Spaltungen führte. So entstanden nacheinander der Zentralverband deutscher Eisenbahner, die Eisenbahner, mit dem Anschluß an die „Christlich-nationalen“ und noch verschiedene kleinere mehr oder minder bedeutungslose Spartenverbände. Nach der Gründung des Elberfelder Verbandes im Jahre 1909 wurde Holz abgesetzt und der Verbandsitz von Trier nach Berlin verlegt. 1911 entstand zwischen dem Vorsitzenden Severin und dem Syndikus Heißner ein großer Streit, der auf dem Verbandstage in Halle a. d. Saale ausgetragen wurde. An sozialpolitischer Arbeit hat der genannte Verband bis in die jüngste Zeit hinein nichts Wesentliches geleistet. Augenblicklich wird der Trier-Berliner Verband vom Eisenbahnschlosser und Reichstagsabgeordneten Jäger geleitet. Jägers Reichstagsmandat, welches dem Verbands eine gewisse Glorie verleiht, steht in Göttingen-Duderstadt auf sehr schwachen Füßen und dürfte der Wahlkreis in nicht allzu ferner Zeit von unseren Genossen erobert werden. Im Mittelpunkt der diesmaligen Verhandlungen in Hamburg steht neben diversen gemeinsamen Essen im Conventgarten, Besichtigung des Hagenbeck'schen Tierparks und Abendessen dorfselbst, Dampferfahrt nach Wankensee, ein Vortrag des rechtsliberalen Generalsekretärs Niesel (der, ehe er Eisenbahner wurde, Redakteur eines nationalliberalen Scharfmacherblattes in Siegen, das mittlerweile das Zeitliche gesegnet hat, war) über „Unsere Stellung in der deutschen Arbeiterbewegung“. Unseren Mainzer Eisenbahnern ist Herr Niesel sehr gut bekannt. Er hielt am 4. Oktober 1913 im Saale des Evangelischen Vereinshauses eine große Versammlung ab, die von fast 1000 Eisenbahnern besucht war. In derselben mimte Niesel den starken Mann.

Die Ministerverfügung, wonach sozialdemokratische Versammlungen nicht besucht und sozialdemokratische Blätter von den Eisenbahnern nicht gelesen werden dürfen, bezeichnete Niesel als eine Beschränkung der persönlichen Freiheit. Anspielend auf die bevorstehende Maßregelung des Bezirksleiters Heinrich vom Trier-Berliner Verband kraftmeierte Niesel, vom stürmischen Beifall seiner gutgläubiger Verbandsmitglieder begleitet, wie folgt:

„Sollte man aber wirklich in Mainz der Meinung sein, daß man Funktionäre maßregeln kann, weil sie die Wahrheiten in Vertretung ihrer Interessen ausgesprochen haben, dann wird unsere ganze Organisation geschlossen hinter ihnen stehen. Dann sollen die Herren von der Verwaltung es erfahren, daß der feste Wille einer Organisation von 98 000 Eisenbahnern doch eine harte Nuß ist, an der sie sich monchen Zahn ausbeißten können.“

Der Bezirksleiter Heinrich holte sich in dieser Versammlung den Rest. Er selbst (trotz seiner 15jährigen einwandfreien Dienstzeit) und noch zwei andere Eisenbahnarbeiter flogen auf das Straßenpflaster. Die Zähne hat sich die Eisenbahnerverwaltung allerdings an dem angeblich so starken Trier-Berliner Verband nicht ausgeschiffen. Höhnisch bemerkt zu diesem Vorgehen der Eisenbahnerverwaltung die Parteigenossen des Herrn Niesel, die rechtsliberalen Hessische Landeszeitung:

„Man könnte nur vom Standpunkt der Allgemeinheit wünschen, daß auch andere Behörden und Organisationen, die jahraus, jahrein unter dem sozialdemokratischen Terror und Vertrauensbrüchen zu leiden haben, sich an dem Vorgehen der Mainzer Eisenbahndirektion ein Muster ansehen wollten.“

Heinrich und seine beiden Kollegen waren mittlerweile, obwohl eingeschriebene Fortschrittsparteileute, schon zu Sozialdemokraten umgestempelt worden. Daß der Trier-Berliner Verband geradezu unfähig ist, Eisenbahnerinteressen zu vertreten, trotz des großen Tamtams, der jetzt mit der Nieselschen Rede in Hamburg geschlagen wird, beweist der weitere Verlauf der Affäre Heinrich. Am 12. Januar d. J. wurde Reichstagsabgeordneter Jäger mit einigen anderen Vorstandsmittgliedern des Trier-Berliner Verbandes zum Ministerialdirektor Hoff nach Berlin beordert. Ministerialdirektor Hoff erklärte dieser sonderbaren Gattung von Arbeiterführern, der Eisenbahnminister werde einer weiteren Radikalisierung seiner Arbeiter durch den Trier-Berliner Verband nicht mehr ruhig zu-

sehen. Insbesondere habe der Verband den Bezirksleiter Heinrich fallen zu lassen und alle Beziehungen zu ihm zu lösen. Nachdem Ministerialdirektor Hoff noch einiges von Konsequenzen und so weiter gemunkelt hatte, wobei Jäger wohl an ein verwaltungsseitiges Verbot seines Verbandes denken mochte, knickten die Trier-Berliner Größen einschließlich des Herrn Reichstagsabgeordneten aus dem Wahlkreis Göttingen-Duderstadt kleinlaut zusammen, und versprachen die- und wehmütig Besserung. Was, nebenbei bemerkt, mit Genugtuung von oben herab auch der hiesigen recht scharfmacherisch gesinnten Mainzer Eisenbahndirektion mitgeteilt wurde. Vor der Audienz hatte der Trier-Berliner Verbandsvorstand die hiesigen Eisenbahner auf die Beratungen des preussischen Eisenbahners vertrieben. Die intimen Freunde des Trier-Berliner Verbandes, wie freisinnigen Landtagsabgeordneten Dellus, Runge und Dr. Fleck, wollten dabei den Fall Heinrich im preussischen Dreiklassenhaushaus zur Sprache bringen. Nichts von alledem ist geschehen. Wohl auf einen Wink von der Trier-Berliner Verbandsleitung schmiegen die Fortschrittsmänner in allen Tonarten und aus den Reihen der Nationalliberalen erhob sich lebhaftes Bravo, als Breitenbach den gemäßigten Heinrich als „Heher“ bezeichnete. Nur ein einziger hatte den Mut, dem Eisenbahnminister scharf gegenüber zu treten. Es war dies der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Leinert. Mit wahrer Begeisterung haben die Eisenbahner Leinerts Rede, die auch von der Trier-Berliner Verbandsleitung im stenographischen Wortlaut gebracht wurde, über das Eisenbahnerelend und die Maßnahmen der Verwaltung gelesen. Immer mehr sehen auch wir Eisenbahner ein, daß der Trier-Berliner Eisenbahnerverband und seine Parlamentarier für uns nichts nütze sind, obwohl wir oft gezwungen, die Trier-Berliner Verbandstärke in der Tasche tragen. Unsere Genossen aus den anderen Berufen müssen nur fortfahren, bei jeder Gelegenheit und in jeder Kleinarbeit Aufklärung unter die Eisenbahner zu tragen. Die 100 000 Mitglieder des Trier-Berliner Verbandes brauchen uns nicht zu ängstigen. Langsam und sicher gewinnt der Sozialismus in den Eisenbahnerkreisen an Boden. Schon vor einigen Jahren brachten Trier-Berliner Eisenbahner unserem Genossen, Landtagsabgeordneten Hoffmann, in der Berliner „Hafenzeitung“ stürmische Ovationen dar. Von den 98 000 Mitgliedern seines Verbandes, mit denen Herr Niesel in Mainz renommierte, dürfte ein großer Teil vor dem Eintritt in den Eisenbahndienst durch die Schule der freien Gewerkschaften gegangen sein. Durch den Terrorismus erzwungen, müssen viele von ihnen bei dem Eintritt in den Eisenbahndienst auf die Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften verzichten. Jedem falls erinnern sich auch diese terrorisierten Eisenbahner bei den Reichstagswahlen daran, daß sie in die Reihen des Klassenbewußten Proletariats gehören. Das kann man bei Wahlzeiten in allen größeren Eisenbahnerkreisen beobachten. Kein Verbot wird den Vorkamich des sozialistischen Gedankens in dem eine halbe Million Köpfe zählenden preussisch-hessischen Eisenbahnerheere aufhalten.

### Ein Trinkspruch

Wilhelm II. huldigt in diesen Tagen bei Hamburg dem — Wasserport. Am Dienstag sind bei einem Festmahle zwei Reden gehalten worden. Zuerst hat der Hamburger Bürgermeister Dr. Schröder auf der Unterelbe-Regatta eine Ansprache an Wilhelm II. gerichtet, in der Dr. Schröder dem Kaiser einige kriegerische Ereignisse der Vergangenheit vor Augen geführt und die heutige Kriegsmarine gefeiert hat. Wilhelm II. hat in der Erwiderung seinen Dank ausgesprochen für die Aufnahme seitens der Bevölkerung der Stadt Hamburg. Es ist natürlich nur ein kleiner Teil der Hamburger Bevölkerung, der begeistert ist, wenn Wilhelm II. nach Hamburg kommt, denn der größte Teil der Bevölkerung ist sozialdemokratisch gesinnt und beteiligt sich nicht an monarchischen Kundgebungen. Wilhelm II. ist dann auf den Sport zu sprechen gekommen. Der Wasserport habe wieder eine neue Nacht unter seiner Flagge erscheinen sehen, und es sei ihr geglückt, den Preis des Hamburger Staates zu gewinnen, für welche Ehre er besonders erfreut danke. Sie sei entsprungen dem Gedanken eines deutschen Schiffbauers der Hansestadt und sie sei entstanden aus den kunstfertigen Händen auf der bewährten Schiffswerft des Herrn Krupp an der Waterkant.

Nicht nur die Firma Krupp, sondern auch die Hamburg-Amerika-Linie hat Wilhelm II. gerühmt. Er hat auf den Stapellau des „Bismarck“, des größten Schiffes, hingewiesen und gesagt: In dem Augenblick, als dort diese 30 000 Tons ins Wasser hinabglitten, da fiel es uns allen, die dabei waren, und allen anderen, wie wir uns jetzt überzeugen können, aus den

Stimmen, die aus dem ganzen Lande zu uns herüberschallen, wie Schladen herab; der Neid, die Kleinlichkeit und die täglichen Kämpfe verschwanden. Alle Herzen schlugen höher und dachten der großen Zeit und der großen Männer, die in ihr wirkten, des großen Kaisers und seines Eisernen Ratgebers. An uns ist es, dafür zu sorgen, daß das, was uns überkommen ist, von uns weiter verwalte werde; daß, wie wir in unseren einzelnen Bestrebungen und wie wir bei unseren sportlichen Veranstaltungen alle unsere Kräfte zusammennehmen und anspannen, um das Ziel zu erreichen, so wir auch im großen das gleiche für unser Vaterland tun. Wir müssen in der Lage sein, eines der besten Worte, das der Eisernen Kanzler je geprägt hat, tatsächlich auf uns zu übertragen und auszuführen, das heißt, wir müssen so leben und handeln, daß wir allezeit mit ihm sagen können: Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts und niemanden auf dieser Welt! (Stürmisches Bravo!)

Es trifft nicht zu, daß Fürst Bismarck nur Gott und „sonst nichts auf der Welt“ gefürchtet hat. So hat er zum Beispiel die Sozialdemokratie sehr gefürchtet, sonst hätte er sie nicht mit seinem ganzen leidenschaftlichen Hasse verfolgt. Und diese Furcht vor der Sozialdemokratie ist heute in weiten patriotischen Kreisen noch viel größer als damals. In letzter Zeit hat sie sich besonders gesteigert, was die zahlreichen Drangsalierungen beweisen. Die herrschenden Klassen denken nicht daran, so zu leben und zu handeln, daß sie allezeit das Bismarcksche Wort aussprechen können. Und auch die Mahnung Wilhelms II. wird daran nichts ändern können.

### Politische Uebersicht Deutschland

— Ueber die Ergebnisse des Wehrbeitrages hat die Rheinisch-Westfälische Zeitung Erhebungen angestellt. Diese Erhebungen erstrecken sich allerdings zunächst nur auf die großen Städte. Nach der Volkszählung von 1910 zählt das Reich 48 Großstädte mit über 100 000 Einwohnern. Davon entfallen auf Süddeutschland 7. In 28 von den norddeutschen Großstädten ist der Wehrbeitrag annähernd festgestellt. Er soll bringen insgesamt 293 640 312 Mark. Die Städte Wiesbaden, Charlottenburg und Frankfurt a. M. sind die reichsten. Hier kommt auf den Kopf der Bevölkerung von 101 bis 84,5. Am niedrigsten ist der Wehrbeitrag in Neukölln. Hier entfallen auf den Kopf der Bevölkerung nur 3,25 Mark. Durchschnittlich kommen in den 28 Städten 34,70 Mark auf den Kopf der Bevölkerung, und bei der Zugrundelegung dieser Durchschnittssumme würde zusammen mit den fehlenden Städten überhaupt eine Wehrbeitrageinnahme von 488 712 955 Mark zu verzeichnen sein, das heißt, die großstädtische Bevölkerung, die noch nicht ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmacht (14 Millionen), hätte die Hälfte des Wehrbeitrages allein zu zahlen. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung berechnet weiter, daß von einem Ueberschuß über die erwartete Milliarde kaum die Rede sein werde. Städte und Industriegebiete würden zwar allein drei Viertel des gesamten Wehrbeitrages aufbringen; aber es sei kaum zu hoffen, daß die Bevölkerung der Landstädte und des Landes das letzte Viertel aufbrächten, denn die Vermögensberechnung auf dem Lande sei steuerrechtlich wesentlich ungünstiger wie in den Städten. Andere Blätter ziehen daraus, daß der Hauptteil des Wehrbeitrages auf die Städte entfällt, den Schluß, daß man nun auch dem städtischen Volksteil in der Gesetzgebung denjenigen Einfluß einräume, der ihm gebührt.

— Der Justizminister als erstes Opfer der Sozialistenhege? Hirschs Telegraphenbureau teilt mit, in politischen Kreisen gehe das nicht ganz grundlose Gerücht, daß die Stellung des preussischen Justizministers Dr. Beseler erschüttert sei, und zwar infolge seiner Haltung gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die beim Kaiserhoch sitzen blieb.

Die konservativen Ministerstürzer würden sich freuen, wenn ihre Kritik des Justizministers im Abgeordneten- und Herrenhause den Abgang des Justizministers zustande gebracht hätte. Vielleicht haben die Konservativen schon den „starken Mann“ am Lager, der an Beselers Stelle treten soll.

— Titelschacher in Bayern. In einem Leitartikel des Vorwärts werden Auszüge aus Briefen veröffentlicht, die zwischen dem Ingenieur Heildorf in München und dem Agenten Erwin Welsch in Nürnberg gewechselt wurden und aus denen hervorgeht, daß sie planmäßig die Vermittlung von Titeln bei der bayrischen Regierung vermittelte haben. Es kommen reich gewordene Kaufleute und Industrielle vor allem in Betracht, von denen einige mit Namen genannt werden. Auch ein Bürgermeister befindet sich unter den Titelsüchtigen, der 27 Jahre lang nationalliberaler Abgeordneter war.



— **Auslandsprotest gegen die Wehrsteuer.** Nach Meldungen aus Petersburg ist das amtliche russische Informationsbureau zu der Erklärung ermächtigt, daß der Minister des Aeußern Skafanow gegenwärtig eine eingehende Antwort auf die letzte Note der deutschen Regierung ausarbeitet, die es ablehnt, den russischen Gesandten anzuerkennen, daß die Zahlung der deutschen Wehrsteuer durch russische Untertanen, die in Deutschland wohnen, rechtswidrig sei. Die russische Antwort werde demnächst der deutschen Regierung von dem russischen Botschafter in Berlin mitgeteilt werden.

— **Eröffnung der Frankfurter Universität.** Der frühere Oberbürgermeister Widies teilte der Öffentlichkeit mit, daß der Kaiser die Errichtung der Frankfurter Universität genehmigt hat, und daß diese mit dem Winterhalbjahr 1914—15 ihre Tätigkeit aufnehmen wird.

Die Universität wird aus eigenen Mitteln, also ohne Zuschuß des Staates, errichtet. In diese Tatsache knüpft der kaiserliche Erlass an, und dann heißt es im Tone längst vergangener Zeiten weiter: „Da auch im übrigen die Vorbereitungen so weit gediehen sind, daß im Winterhalbjahr 1914—15 mit dem Unterricht begonnen werden kann, will ich nunmehr die Universität zu Frankfurt a. M. hierdurch in Gnaden errichten und genehmigen, daß sie in den Genuß der ihr zugewandten Rechte eintritt.“

— **Amnestie in Mecklenburg-Strelitz.** Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz will anlässlich seiner Thronbesteigung eine Amnestie erlassen. Es sollen hauptsächlich Personen begnadigt werden, die zu ihren Straftaten durch Not, Unbesonnenheit oder Verführung veranlaßt worden sind.

## Frankreich

— **Französische Wahlbetrüger vor Gericht.** In Lille hatten sich die Buchdrucker Rain und Bilain aus Tournai und die Klosterbrüder Gallet und de Cloedt aus Brüssel vor Gericht zu verantworten. Alle vier waren zu den Stichwahlen am 10. Mai aus Belgien nach Lille gekommen, um dort bei den Kammerwahlen mit gefälschten Wahlausweisen zugunsten der klerikalen Kandidaten zu stürmen. Durch die Aufmerksamkeit unserer Genossen wurden sie festgesteckt und verhaftet. Die Gerichtsverhandlung ergab, daß das Kloster Annapes, das als eine Zufluchtsstätte für alle Personen ausgegeben wurde und daher von der Aushebung verschont blieb, seit Jahren nichts anderes war, als ein klerikales Bureau für Wahlfälschungen. Der Vater Cyrille, der dem Kloster vorstand, betrieb diese Wahlfälschungen. Seit acht Jahren wurden mit gefälschten Wahlausweisen auf die Namen von Toten, Abwesenden und längst Ausgewanderten Stimmen für die klerikalen abgegeben. Seit der Enthüllung seiner Betrügereien ist der fromme Vater geflüchtet. Das Urteil gegen die vier Angeklagten, die die Beauftragten des Vorstehers des Klosters der „Kleinen Brüder“ waren, wird am Donnerstag verkündet.

Am Anschluß an die Verhandlungen und deren Ergebnisse wurden am Sonntagabend in Lille der Adjunkt des Bürgermeisters Binault und der Chef des Bureaus Billiant für die Wahlen verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Sie werden beschuldigt, die falschen Wahlkarten angefertigt und dem Vorsteher des Klosters der „Kleinen Brüder“ zu Annapes zugestellt zu haben. Beide sind bekannte klerikale Parteigänger. Der Bürgermeister von Dellevalle hat bekanntlich bereits am 11. Mai gleich nach dem Bekanntwerden der Betrügereien sein Amt niedergelegt.

— **Rundgebungen der Postbeamten in Paris.** Unter den Postangestellten herrschte schon einige Zeit Erregung, da der Senat die Erhöhung der Wohnungsentfälschungen für Briefträger ablehnte. Diese veranlaßten daher mehrere Rundgebungen, die ziemlich leidenschaftlich wurden. Es versammelten sich mehrere hundert Mann gegen 17 Uhr abends auf dem Hauptpostamt, wo sie den Abgang der Postwagen verhinderten. Als die Polizei einschritt, kam es zu einem Aufruhr. Zwei Briefträger wurden verhaftet. Ein Polizeinspektor wurde geprügelt. Die Postbeamten mühten sich zurückzuziehen. Etwa 800 Briefträger verbarrikadierten sich dann im Innenhof des Hauptpostamtes und ließen sich durch die Gitter hindurch Lebensmittel bringen. Die Post nach der Provinz wie nach dem Auslande konnte nicht abgehen. Um 11 Uhr erschien der Postminister Thomson. Als er sprechen wollte, wurde er durch Lärm und Pfiffe unterbrochen. Als endlich etwas Ruhe eintrat, setzte der Minister den Briefträgern auseinander, daß sie keinen Grund hätten, den Postdienst zu stören, da das Parlament einen großen Teil der Forderungen bereits bewilligte. Für die Bewilligung der anderen Forderungen verspreche er sich einzusetzen. Da der Lärm andauerte, zog sich der Minister zurück. Um Mitternacht verließen die Briefträger das Haus. Der seit 5 Uhr nachmittags unterbrochene Postdienst wickelte sich wieder normal ab. Als die Briefträger um Mitternacht das Postgebäude verließen, sangen sie revolutionäre Lieder und schrien: „Nieder mit dem Senat!“

## Rußland

— **Wie Rußland rüstet.** Die Reichsduma hielt Dienstag eine geschlossene Sitzung ab, in der 14 Vorträge, u. a. folgende angenommen wurden: Die Bewilligung von Geldmitteln für den Bau einer neuen Pulverfabrik, für die Verlängerung der aktiven Dienstzeit des Unteroffiziers des Landheeres um drei Monate, Geldmittel zum Bau strategischer Chaussees an der Westgrenze, Geldmittel zur Beschleunigung der Verstärkung der Schwarzen Meer-Flotte in der Periode 1914 bis 1917, Ergänzungskredite für die Anschaffung von Minen, Geldmittel für den Unterhalt des Flugwesens, für die Bildung und den Unterhalt einer besonderen Garnison in der Festung Peters des Großen, einen Ergänzungskredit von 100 000 Rubeln für geheime Ausgabe des Marineministeriums im Laufe des Jahres 1914, ferner das zeitweilige Verbot der Pferdeausfuhr über die europäische und die Schwarze Meer-Grenze.

## Albanien

— **Der Entscheldungskampf.** Nach einer Meldung aus Durazzo hat die Regierung alle wehrfähigen Männer aufgefordert, wenn der Waffenstillstand abläuft, bereit zu sein, um an der Verteidigung der Stadt mitzumachen. Prenk Bibdoba ist mit seinen Truppen bis südlich von Ischmi vorgebrungen. Er steckt die Dörfer der Aussenländer in Brand und soll einen Teil der Aufständischen unterworfen haben. Die eingetroffenen Meldungen bestätigen die Erfolge der Insurgenten im Süden Albaniens. Die Regierungstruppen haben sich als undiszipliniert erwiesen und ließen sich grobe Ausschreitungen und Plünderungen gegen die Bevölkerung zuschreiben. Mehrere Ortschaften wurden von ihnen geplündert. Die Bevölkerung

einzelner Gebiete hat sich insolge dessen erhoben, wobei es bereits zu Zusammenstößen zwischen den Truppen gekommen ist. Trotz des Waffenstillstandes unternahm der Feind um 11 Uhr abends Angriffsversuche. Er eröffnete ein heftiges Feuer gegen die in ihren Stellungen verhaszten Reglerungsmannschaften, die das Feuer lebhaft erwiderten. Bald griffen auch die Kanonen in den Kampf ein, der jedoch nach einer halben Stunde wieder verstummte.

## 9. Deutscher Gewerkschaftskongress

(Zweiter Verhandlungstag.)

(Telegr. Bericht.)

C. B. München, 23. Juni.

Den Vorsitz führt Zelpart. Anwesend sind 446 Delegierte. Ueber das Arbeiterinnensekretariat berichtet Gertrud Hanna-Berlin: Die Agitation unter den Arbeiterinnen gestaltet sich ungleich schwieriger als die unter den Arbeitern, vor allem, weil die Arbeiterin selbst trotz aller gegenständlichen Erfahrungen ihre Erwerbstätigkeit als eine vorübergehende betrachtet, die mit der Heirat ihr Ende erreicht. Die Männer, die darauf rechnen, dauernd zu arbeiten, sind schon deshalb viel eher geneigt, Schutz und Halt gegen die Schädigungen der Erwerbsarbeit in der Organisation zu suchen. Mit Rücksicht darauf hat das Sekretariat von vornherein sich bemüht, die Mitarbeit der Frau in der Agitation zu fördern durch Vermittlung von Aufklärungsmaterial. Wir hoffen, die Frauen auf schriftlichem Wege für allgemeine Arbeiterfragen zu interessieren. Nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung ist die Aufklärung der Frauen nach von größerer Wichtigkeit als früher geworden, weil sie bei den Krankentafelwahlen sich als ein durchaus wichtiger Faktor erwiesen haben. Das wissen die bürgerlichen Frauen ganz genau. So haben die bürgerlichen Hausfrauen häufig die Dienstmädchen begleitet und ihre Wahl beeinflusst. In den Reihen der bürgerlichen Frauen zeigen sich Bestrebungen, die Arbeiterinnen zu Qualitätsarbeiterinnen zu machen. Man will sie in ein mehrjähriges Lehrverhältnis bringen, um so die niedrigen Frauenlöhne zu beseitigen. Wir sehen aber, daß selbst ein großer Teil der gelehrten Arbeiter gezwungen ist, einen ungelerten Beruf zu ergreifen, weil er in seinem eigenen Beruf nicht weiterkommen kann. Trotzdem suchen die bürgerlichen Frauen doch die Arbeiterinnen in ein mehrjähriges Lehrverhältnis zu pressen. Dabei darf doch nicht vergessen werden, daß nicht die sachverständliche Ausbildung für die jungen Mädchen die Hauptsache ist, sondern die mehrjährige Lehrzeit. Wenn es sich um Berufe handelt, in denen eine mehrjährige Lehrzeit wirklich erforderlich ist, sind wir mit der gründlichen Ausbildung der Mädchen durchaus einverstanden, aber daß die Lehre für alle Berufe verlangt wird, ist unverantwortlich. Für die Organisation liegt die Gefahr darin, daß in den Berufen, wo eine mehrjährige Lehrzeit ganz überflüssig ist, eine große Reihe Lehrlinge vorhanden sind, die bei Lohnkämpfen den Arbeitern erhebliche Schwierigkeiten machen können, weil mit ihrer Hilfe der Betrieb notdürftig aufrecht erhalten werden kann. Nur verstärkte Agitation kann die Gefahr vermehren. Züchtung weiblicher Bohndrüsenbanen. In diesen Fragen sehen Sie die Notwendigkeit einer eigenen Beobachtungsstelle für die industrielle Frauenfrage. Ich unterbreite die Pflicht, von der gestern gesprochen worden ist, die Arbeiterinnen nicht nur zu organisieren, sondern sie auch zu überzeugen. (Zehnter Beifall.) — Nach kurzer Diskussion, an der sich Frau Kühler-Berlin (Hausangestellte) und Frau Brandenburg-Hamburg (Lehrerinnenverband) beteiligten, spricht der Vorsitzende dem Arbeiterinnensekretariat die Zustimmung der Gewerkschaften aus.

Den Bericht der Sozialpolitischen Abteilung, der gedruckt vorliegt, ergänzt Robert Schmidt-Berlin: Stillstand in der Sozialpolitik ist jetzt die Parole in Deutschland, dem Lande, das einstmal in der Sozialpolitik voranmarschierte. Diese Devise hat Staatssekretär Debrück jetzt herausgegeben. Dabei ist die letzte schärfste Reichsversicherungsordnung ein sozialpolitisches Werk, das mit vielen Mängeln behaftet ist. Dagegen schreite die Sozialpolitik im Auslande vorwärts, besonders in England unter der liberalen Regierung. England hat ein Krankenversicherungsgesetz, eine Unfallversicherung und eine Arbeitslosenversicherung für fast 2 1/2 Millionen Arbeiter erhalten. Der Mindestlohn für die Bergarbeiter wird durch eine paritätische Kommission bestimmt. Allen Staaten voran hat England

## Das schlafende Heer

12]

Roman von E. Wiebig.

„Schlafe wohl, mein Herz! Stassa —“ die Jose fuhr auf — „ruhe die Nepomucena!“

Herr von Garczynski ging wieder ins Bureau zurück, wo der todmüde Schreiber nach immer saß und jetzt krampfhaft die verschlafenen Augen aufstieß. Die Einladungen wurden noch diese Nacht postfertig gemacht.

Oben, ins Zimmer der gnädigen Frau trat derweilen die alte Nepomucena ein; ihr schneeweißes Haar war mit Fett unter die Haube gestrahlt, und sie hatte sich gewaschen. Zu den Füßen der Herrin, die regungslos saß, das Gesicht in den Händen verborgen, kauerte sie nieder und begann die Pantoffelchen und Strümpfe abzuziehen. Sacht strich sie dabei über den hohen Spann und dann über die Waden, immer hinauf, herunter — und wieder: herunter, hinauf.

Seit fünfzehn Jahren, seit der Geburt des jungen Panitsch schonte die Nepomucena ihre Nägel und nahm sie in acht, daß sie nicht immer wieder abstumpfen bei der Arbeit; die Pani liebte das Kragen mit stumpfen Nägeln nicht.

Garczynski hatte seiner Frau schon mehrmals einen hölzernen Krager mit langem Stiel aus Polen mitgebracht, auch ein Händchen aus Eisenblech mit spitzen Krallen, auch ein Bürstchen; aber das Streichen und Kragen der alten Hand, deren Haut von der schweren Arbeit eines Lebens so rauh geworden war wie ein Reibeisen, war nicht zu ersetzen.

Nun schnitt die Filomena, die Tochter der Nepomucena und die Mutter der Michalina, schon ihre Nägel spitz, denn Großmutter Nepomucena fürchtete, daß bald der Tod kommen würde, sie zu holen — und wer sollte dann die Herrin kragen?

Auf den schwachen Knien liegend, bückte die alte Nepomucena ihren alten Rücken geduldig. Wie früher hinterm rutschen Schmitt im Korn, so hielt sie ihn in einem fort gekniet; sie richtete ihn gar nicht auf.

Die Uhr schlug Mitternacht, da ließ sich die Herrin ins Bett heften. Das Gesicht nach der Wand gelehrt, auf der Seite liegend, ließ sie sich nun auch den Rücken kragen. Immer auf, ab — ab, auf.

Stassa schiefte in einem Winkel. Der höchste Kopf war ihr hintenübergeklumpt — so pflegte sie immer am Abend zu liegen, ein Fettküß an der rissigen Tapete bezeichnend die Stelle — sie hielt den Mund halb geöffnet und lächelte wie ein Kind im Traum.

Auch Frau Jadwiga hielten endlich die Augen zu, aber sie rief sie immer noch einmal auf und dehnte und redete sich im überrieselnden Wohlgeläch.

Die alte Nepomucena kragte und kragte — die Waden, den schlanken Rücken heraus — den Rücken, die Waden herunter — auf, ab — ab, auf — hin, her — her, hin.

Mit leiser Kraft strömte etwas aus von diesen verarbeiteten Fingern, von dieser Hand, die noch diente an der Schwelle des Grabes.

4.

Wie eine Offenbarung kam es über Herrn Restner auf Przyborowo, als er, unter seinem Hoftor stehend, von Miasteczko her zwei Wagen in der Richtung nach Chwaliborzycze fahren sah. Sie nahmen nicht die Straße über Przyborowo-Niemczyce, sondern den viel schlechteren, aber direkteren Landweg quer durch die Felder.

Wah, also es war wirklich so, die Kommission, die heute normittag die Parzellierungen beim Städtchen in Augenschein genommen hatte, fuhr jetzt zu Garczynski? Ja, der Pole war ein Schauer, der mußte es geschickt anzufangen! Und hier waren sie nicht einmal vorgekommen! Sie hielten Przyborowo links liegen lassen, als wäre das gar nicht vorhanden!

Der Przyborowener zog die Stirn kraus: man muß eben Pole sein, um Seide zu spinnen! Diese Bevorzugungen von Seiten der Regierung gingen doch wirklich zu weit: das war ja schon das reine Kokettieren!

Die Sonne blendete. Der Gutsherr trat unter die Akazie beim Hoftor, die wenigstens einigen Schatten gab, und blickte, die Hand über die Augen gelegt, hinaus auf sein Reich.

Heberall Schober. Räder knarrten. Gleich über die Straße weg, drüben auf der ersten Stoppel standen drei große Weizenböden, und vier, fünf hochbepackte Erntemägen schwankten eben von weither noch heran, um auch hier abzuladen. Die Schober standen wie im Feuer; gleich hinter der Stoppel, die mit scharfem Rand gegen den Himmel abschneit, stand das Riesenrad der Sonne. Als tauchten die Wagen aus der Sonne empor, so erschien es; feinem Gespinnnt gleich haben sich die Speichen der Räder gegen die goldrote Scheibe, und die Röhrenden, die hoch oben auf dem Korn thronen, flammten. Sie stakten die Bunde auf und schwangen sie, mit starkem Arm die Gabel hochhaltend, von oben niederwärts. Jedes Garbenbündel schwebte für Augenblicke, wie ein bunflerer Fleck, aber von einer Gloriole umstrahlt, mitten im Rund der großen Sonne, als teile die selber gültige Gaben unendlicher Fülle aus.

Der Przyborowener rechnete: was kostete das nun wieder für Arbeitslöhne! War die Ernte geringer, brachte sie nichts ein — war sie gut, brachte sie erst recht nichts ein. Man mußte wahrhaftig nicht, um was man heutzutage bitten sollte! Vor sich hin grämelnd stand er da.

Gelächter schallte von der Stoppel herüber und dazwischen Kommandorufe des Bogtes. Beim neuen Schober tummelten sich die Arbeiter. Ein paar Abstakerinnen, die lattenen Kopftücher tief über die Mühen gezogen, kamen jetzt in flatternden Röcken gegen das Hoftor geweht mit dem staubigen Wind. Ihre geleerten Wasserkrüge brachten sie.

Aber mit strengem „dalli, dalli“ und in die Hände klatschend, wie man Gänse scheucht, jagte der Herr sie zurück an die Arbeit: hier wurde nicht beim Brunnen gelungert! Restner schüttelte den Kopf: ja, Theresia hatte ganz recht, der Hoppe war gar nicht mehr auf dem Posten, seine Ohren und Augen waren nicht mehr scharf genug, die Leute tanzten ihm ja auf der Nase! Wenn der Inspektor schneidiger wäre, würden auch die Bäfte schneidiger sein — wie dürften die Dirnen sich sonst unterziehen, mitten aus der Arbeit fortzulaufen? Ja, wenn man den Szulc aus Chwaliborzycze kriegen könnte! man den Szulc aus Chwaliborzycze kriegen könnte. Der verstand die Bande zu nehmen!

Mit weitausholenden Tritten schritt Rittergutsbesitzer Restner über die Straße auf die Stoppel und weiter über diese auf den neuen Schober zu. Dieser fing schon an, sich zu erheben. Die unterste Runde war bereits gelegt; in der Mitte stand ein Rothend und ordnete die Bündel, und die Wägel fingen an, hinaufzuklettern und die Wädeln festzutrampein. Die Knechte starren mit lachenden Mäulern nach den vom kitzelnden Stroh zerfetzten Waden und nach dem, was sonst noch zu sehen war.

„Wodasch!“ \*) brüllte der Herr mit aller Kraft. „Wodasch!“

Der Bogt, der dem eben anrumpfenden nächsten Wagen entgegen gegangen war, kam eilig gesprungen.

„Wodasch, daß mir hier ordentlich gerichtet wird! Seht den Schober nicht auch wieder so schief wie die andern! Wie sieht denn das aus? — Wo ist denn der Inspektor?“

Der Bogt mußte es nicht. Natürlich, wo wäre denn je ein Inspektor da, wo er sein sollte! Der Herr ließ die Blicke über die Endlosigkeit seiner Felder schweifen.

Wah, ganz dahinten, wo die Rübensfelder des Vorwerks einen grünen Strich unter dem Himmel zogen, tauchte jetzt etwas auf: ein krabbelndes Käferchen! So langsam, wie eine Schnecke so langsam! Man sah kaum das Sichbewegen der Pferdebeine. Wahrhaftig, nicht mal retten konnte der! Nein, nein — Restner schüttelte energisch den Kopf — man mußte hierzuland keinen Deutschen nehmen; der Hoppe hatte sich kolossal früh verbraucht!

\*) Bogt.

(Fortsetzung folgt.)



## Danziger Nachrichten

Herr Carlson hat den großen Schichtkran ohne polizeiliche Erlaubnis gebaut. Das erfährt man jetzt aus einer Verhandlung vor dem Kammergericht in Berlin. Die Strafkammer in Danzig hatte den Schwiegersohn dieses verurteilt. Das Kammergericht hob dieses Urteil auf und wies die Sache noch einmal an die Strafkammer zurück. Nicht weil es den Standpunkt Carlsons teilte, sondern weil zu prüfen sei, ob nicht der Kran nach Paragraph 16 der Gewerbeordnung genehmigungspflichtig war. Diese Gesetzesbestimmung bestimmt, daß zur Errichtung von Anlagen, die durch ihre örtliche Lage oder die Beschaffenheit der Betriebsstätte für die Besitzer oder Bewohner der benachbarten Grundstücke oder für das Publikum überhaupt erhebliche Nachteile, Gefahren oder Belästigungen herbeiführen können.

Da der Kran eine Höhe von 60 Metern hat, scheint die Annahme des Kammergerichts in der Tat richtig zu sein. Was nun? Wird Herr Ziele den Kran abbrennen lassen? Er ist doch sehr dafür, daß die Arbeiter polizeifreundlich sind. Und er selber macht davon eine Ausnahme?

Das leidige Messer. In der Großen Mulde in Schildlich erstach der im Anfang der zwanziger Jahre stehende Arbeiter Ernst Rofski den ungesähr 50 Jahre alten Arbeiter Gustav Boerschke. Zwischen dem Erstochenen und seinem Nachbar Bäcker bestanden seit einiger Zeit Zwistigkeiten. Am dem Abend des Unglücks wurde Bäcker von den Arbeitern Ernst Rofski und Paul Drabandt besucht. Alle sprachen fleißig dem Alkohol zu. Beim Fortgehen rempeller die Besucher den vor der Tür stehenden Boerschke an und schlugen ihn. Als Boerschke sich wehren wollte, verfehlte ihm Rofski einen Stich in die Lunge. Der Betroffene brach tot zusammen. Die Täter flüchteten, wurden aber noch am gleichen Abend verhaftet. Der alte Bäcker wurde ebenfalls in Haft genommen. Durch die unheilvolle Tat werden sechs Kinder zu Waisen gemacht. Die Verhafteten wandern sicher auf Jahre ins Gefängnis. Dämon Alkohol hat wieder Opfer gefordert.

Beim Untergang des Dampfers Empress of Ireland auf dem St. Lorenzstrom sind, wie jetzt bekannt wird, Briefposten von Montreal (vom 28. Mai) und von Toronto (vom 27. Mai) für Deutschland in Verlust geraten. Diese Posten haben vermutlich in der Hauptsache solche Sendungen aus Kanada enthalten, die nach dem Postschluß zu den am 26. Mai von Montreal und am 25. Mai von Toronto nach Deutschland abgegangenen Briefveränden angekommen waren.

Zahlreiche Menschenknochen werden, wie wir bereits mitteilten, bei den Ausschachtungsarbeiten zu dem Neubau der Feuerzofietät am Elisabethwall gefunden. Jetzt sind zwei große Särge herbeigeschafft worden, die die menschlichen Gebeine aufnehmen sollen. Sie werden dann aufs neue der Erde übergeben.

Ein Stall eingestürzt ist auf dem Grundstück Breitgasse Nr. 77. Das Gebäude war schon seit mehreren Jahren seiner Bauqualität wegen unbenutzt.

Der Dampfer Joppot geriet bei dem Seefest vor Hela auf Grund. Aus eigener Kraft kam er nicht frei. Die Dampfer Rhönig und Anna machten vergebliche Abschleppversuche. Rhönig nahm darauf die Passagiere an Bord und brachte sie nach Danzig. Der erleichterte Dampfer wurde dann von der Anna abgeschleppt.

### Polizeibericht vom 24. Juni.

1. Verhaftet: 4 Personen, darunter 2 wegen schwerer Körperverletzung mit nachfolgendem Tode, 1 wegen Anstiftung hierzu, 1 wegen Betrugs, 1 wegen Trunkenheit.
2. Obdachlos: 1 Person.
3. Gefunden: 1 braune Ledertasche mit Militärpaß für Theodor Meißterrecht; 1 Quittungsbuch für Fräulein Riß; 1 Kindermütze; 11 Schlüssel am Ringe, abzuholen aus dem Fundbüro des Königl.

lichen Polizeipräsidenten; 1 schwarzer Damengürtel mit Schloß, abzuholen von Herrn Schuhmann Baade, Westlich-Neufahr; 1 schwarzer Damenschirm, abzuholen von Frau Mische, Neufahrwasser, Philippstraße 3; 1 silberne Damenuhr mit Kette, abzuholen von Herrn Valentin Jastutski, Unterstraße 15, 1 Tr.; 1 Beschlusmutter aus Messing, abzuholen von Herrn Theodor Seifert, Weinbergstraße 5; 1 Fahrrad, abzuholen von Herrn Emil Lang in Kratau.

4. Zugelaufen: 1 deutscher Schäferhund mit Halsband ohne Marke, abzuholen von Herrn Herbert Baruth, Al. Gasse 12-13; 1 Perlhuhn, abzuholen von Herrn Franz Jinte, Köpfergasse 10; 1 Kanarienvogel, abzuholen von Herrn Julius Dehn, Petershagen an der Radaune 31.

5. Verloren: 1 Palet mit vier Paar Handschuhen und einer Schleife; 1 Uhranhänger in Form eines Offiziersportepées; 1 goldene Kette mit Bernsteinanhänger; 1 goldenes schmales Kettenarmband mit Sicherheitstaste; 1 goldener Trauring, gez. R. A. 15. 3. 98; 1 gelber Karton mit Wäsche und Kleibern, sowie 1 goldene Damenuhr, gez. C. R. und D. R., abzugeben im Fundbüro des Königl. Polizeipräsidenten.

### Danziger Standesamt vom 24. Juni.

#### Dangfuhr.

Todesfälle: Dienstmädchen Hulda Kramp, 23 J. — Sohn des Arbeiters Anton v. Malottke, 5 M. — Tochter des Molterbellehlers Emil Sempf, 7 M. — Tochter des Arbeiters Josef Perchowski, totgeboren.

### Schiffsnachrichten.

Angelommen in fremden Häfen.

Schiff	Kapitän	Angelommen
Dress (SD)	Ehlers	20. Juni in Brunsbüttelkog
Telegraph (SD)	Utenwort	21. Juni in Hamburg
Sparta (SD)	Müller	19. Juni in Cronstodt
Strelen (SD)	Randers	20. Juni in Kopenhagen
Marital (SD)	Raube	22. Juni in Neme Waterweg
La Flandre (SD)	—	19. Juni in Zmuden

## Aus Westpreußen Elbing-Marienburg

Im neuen Schwurgerichtssaal in Elbing erfolgte am Dienstag die erste Verhandlung. Der Arbeiter Schafowski und die Arbeiterin Berta Kautenberg mußten sich wegen Straßendiebstahls verantworten. Beide hatten am 7. August 1913 in der Nähe der Dirschauer Eisenbahnbrücke den Zimmerer Schauland überfallen und ihm die Uhr und das Portemonnaie mit 37 Mark fortgenommen. Schafowski erhielt drei Jahre Zuchthaus. Die Kautenberg wurde zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Verkauft sind sämtliche zehn Einfamilienhäuser, die die Stadt Elbing bei Mattendorf erbauen läßt. Jedes Grundstück ist 200 Quadratmeter groß und kostet mit dem fertigen Gebäude 4800 Mark. Ein Einfluß auf die Wohnungsnot kann durch diese winzige städtische Aktion natürlich nicht ausgeübt werden.

Die städtische Schwimmanstalt in Elbing wird jetzt morgens bereits um 5½ Uhr geöffnet.

Der Blitz schlug in Willenberg bei Marienburg in eine Scheune und zerscherte sie ein.

Verseucht sind durch die Maul- und Klauenseuche im Landkreis Elbing insgesamt 44 Gehöfte in 20 Gemeinden, im Kreise Marienburg 175 Gehöfte in 55 Gemeinden. Dazu kamen noch mehrere Fälle von Schweineseuche und Schweinepest.

### Danzig-Land

Opfer der herrschenden Moral. Der Arbeiter Lippke erschien in der Wohnung der unverschämten Johanna Hinz auf dem Rittergute Domachau. Ein Verhältnis der beiden war nicht ohne Folgen geblieben. Als die Hinz bei dem Besuche

Lippkes diesen darauf hinwies und ihn auf seine Pflichten als künftiger Vater aufmerksam machte, zog er einen Revolver und schoß auf das Mädchen. Die Kugel ging fehl, traf aber die Mutter des Mädchens, die ihrer Tochter zur Hilfe eilen wollte, in die Hüfte. L. verfehlte, weitere Schüsse abzugeben, doch die Waffe verlagte. Der Täter flüchtete. Bisher ist es nicht gelungen, ihn zu verhaften.

### Stuhm-Marienwerber

Ein durchgehendes Fuhrwerk rannte in Marienwerder in eine Schaar von Präparandenschülern hinein. Einer der jungen Leute wurde von der Wagenbeschleifung schwer verletzt. Ob er mit dem Leben davon kommt, ist zweifelhaft.

Ver schwundenes Kind. Der 1½ Jahre alte Knabe Dr. Lewski aus Marienwerder ist seit Sonnabend verschwunden. Man nimmt an, daß der Kleine in der Liebe ertrunken ist.

Die Maul- und Klauenseuche herrscht im Kreise Stuhm in 10 Gemeinden auf 26 Gehöften; im Kreise Marienwerder sind in 40 Gemeinden 108 Gehöfte verseucht.

Feuer vernichtete in Fiedlitz die Besetzung des Eigentümers Wessolowski so vollständig, daß nichts als ein Schutthaufen übrig blieb. Gerettet konnte nicht das geringste werden.

### Graudenz-Strasburg

#### Der westpreussische Städtetag

tagte am 22. und 23. Juni in Graudenz. Die Herren „Stadt-väter“ waren ganz unter sich. Kein Sozialdemokrat störte das friedliche Beisammensein. Wenn die Arbeiterpartei bei der Reichstagswahl in Westpreußen auch 28 000 Stimmen mußert, so hat sie doch bisher erst in einer einzigen Stadt vermocht, in den Rathhauseaal einzudringen. Und hier schließt die bürgerliche Mehrheit regelmäßig die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion von allen wichtigen Delegationen aus, obwohl die Vertreter des Klassenbewußten Proletariats ein Viertel sämtlicher Stadtverordneten zählen. So konnte kein Mißklang die Graudenzler Tagung stören. Man hat in Graudenz gut gegessen und wohl auch getrunken. Man hat die Ostmarkenflieger gesehen, ging auf dem Schloßberg spazieren und fuhr auf der W. 1. 1. man ließ sich die Graudenzler Polizeihunde vorführen und besichtigte eine „rechnende Schreibmaschine“ und nebenbei hörte man, was die Herren Referenten redeten. Die erzählten allerlei. Vor allem Stadtrat Dr. Ewert, der bereits in weiteren Kreisen bekannte Danziger Kommunalpolitiker, dessen Wirken in der Armenpflege Volt und die ganze Christenheit lobt. Wenigstens die letztere, so weit sie den besitzenden Klassen angehört. An das, was die Objekte der Ewertischen Fürsorge reden, muß sich niemand lehnen. Den Leuten fehlt eben der Blick für das Großzügige des Ewertischen Systems. Stadtrat Ewert lobte seine Werte, pardon, lobte die Danziger Armenpflege außerordentlich.

„Es müsse möglichst eingehend geprüft werden, ob die Bedürftigkeit wirklich vorhanden sei, weil sonst leicht Anzuchtenebenheit eintreten könnte und andererseits die sittlichen Kräfte der Selbstverantwortlichkeit des Individuums herabgemindert werden. Die Armenunterstützung könne immer erst in letzter Linie in Frage kommen. Unheilvoll könne es sein, Arbeitslosenunterstützung an Arbeitscheue zu geben, weil das eine Prämie auf die Trägheit sein würde. Kinder den Eltern abzunehmen, wenn für sie zu fürchten ist, sei nicht immer zweckmäßig. Vor 60 Jahren, als das Elberfelder System entstand, hatte man ganz andere wirtschaftliche Verhältnisse als heute. Jetzt sei durch die verlorene Bodenständigkeit der Arbeiterbevölkerung die Armenpflege stark erschwert; der Pfleger habe zur Prüfung der Verhältnisse un- verhältnismäßig viel Zeit aufzuwenden, die er seinem eigenen Gewerbebetrieb entziehen muß. Man habe verschiedene Wege versucht, um die Organisation der Armenpflege zu

## Fossilien

— Wie sah das Mammut aus? Das Tier der diluvialen Zeit, dessen Reste am häufigsten auch in unserer Gegend gefunden werden, ist das Mammut. Die zahlreichen Versuche, sich von ihm ein genaueres Bild zu machen, führte kürzlich Dr. Hingheimer in der Berliner „Brandenburgia“ vor.

Da wir in der Mark fast in jeder Kiesgrube Reste von diesen Tieren finden, so müssen zur Eiszeit gewaltige Herden davon Europa bevölkert haben. Früher hielt man die von ihm aufgefundenen Knochen für solche von Riesen. Schon Pausanias erwähnt einen derartigen Fund bei Milet und spricht ihn für das Skelett des telamonischen Ujas an. In der christlichen Zeit glaubte man, daß die Knochen von gefallenen Engeln stammten und bestattete sie unter entsprechenden feierlichen Zeremonien. Noch im 18. Jahrhundert wurde in Valencia der Backenzahn eines Mammuts als Zahn des heiligen Christoph, des Kriegen unter den Heiligen, gezeigt.

Früher schon hätte man versucht, die ausgegrabenen Knochen zusammenzusetzen. So baute man aus solchen Knochen um 1600 bei Luzern einen mehr als 10 Meter hohen Menschen zusammen. Der nächste Rekonstruktionsversuch stammte von keinem Geringeren als Leibniz. Er stellte ein sehr merkwürdiges Phantasiegebilde ohne Hinterbeine auf. Endlich führte Cuvier die strenge Trennung von fossilen und rezenten Elefanten durch. Bedeutend gefördert wurden unsere Kenntnisse aber erst durch die Entdeckungen in Nordibirien und den Inseln des Nordischen Eismeers. Die dortigen Eingeborenen glaubten, daß das Tier unterirdisch lebe und wie ein Maulwurf wühle; wenn es aber das Licht der Welt erblicke und an die Luft komme, so müsse es sterben.

Allmählich hatten sich doch aber die Ansichten dahin geklärt, daß man eine Elefantenart vor sich habe, wenn man auch über die Bedeutung des Namens Mammut, der wohl als einheimischer bezeichnet werden muß, nichts ermittelte. Da machte man die weittragende Entdeckung, daß im Giese jener kalten Ge-

genden ganze Leichen des Tieres eingefroren und dadurch mit Fleisch, Haut und Haaren erhalten waren. Das erste derartige Tier wurde 1798 an der Mündung der Lena aufgefunden. Bei der langsamen Verbindung konnte die wissenschaftliche Ausbeute erst sieben Jahre später versucht werden. Der Führer der Expedition, Adams, fand noch das durch die Bänder zusammengehaltene Skelett, einen Teil der Haut, ein Auge, einiges von den Eingeweiden, gegen 30 Pfund Haare. Die Zähne waren in der Zwischenzeit von Eingeborenen weggeschleppt worden, das Fleisch von Raubtieren aufgefressen. Diese kostbare Reliquie gelangte nach St. Petersburg, und dort steht das Skelett, zum Teil noch mit seiner eigenen Haut bekleidet, mit Knorpel und Bändern im kaiserlichen Naturalienkabinett. Die erste Zeichnung nach diesen Funden fertigte Boltunoff; er gibt dem Tiere schon Elefantenfüße, ferner stellte er es behaart dar, dagegen wußte er mit Rüssel und Stoßzähnen nichts anzufangen. Richtig auf seiner Zeichnung ist der kurze Schwanz und das kleine Ohr.

Inzwischen haben wir in den französischen Höhlen, besonders in der Dordogne, Bilder von Zeitgenossen des Mammut gefunden. Diese Zeichnungen können gar nicht hoch genug geschätzt werden, denn der Zeichner aus der Altsteinzeit muß ja nach der lebenden Natur gearbeitet haben; und daß er genau und richtig gesehen hat, beweisen die trefflichen Darstellungen der noch lebenden Gamsen, Pferde, Rentiere. Besondere Schwierigkeit hat dem Steinzeitkünstler die Rückenlinie verursacht, sie ist nämlich auf dem einen Bilde dreimal gezogen. Bei ihm hat das Tier eine lange Brust- und Bauchmähne, der Rüssel ist behaart und hat zwei Finger, der Rücken ist stark gekrümmt. Die großen Stoßzähne sind nach oben gebogen.

Weiter gefördert wurden unsere Kenntnisse 1901 durch den Fund eines Exemplars an der Beresowka. Diesmal dauerte es nur ein Jahr, bis die Expedition, welche die Petersburger Akademie absandte, an Ort und Stelle erschien. Das Tier war plötzlich durch Sturz in eine Höhlung des Bodens infolge Bruches des Rückgrates verunglückt, so daß der Magen noch

mit Futterresten angefüllt war, die die botanische Bestimmung der Pflanzen erlauben, von denen sich das gewaltige Tier ernährte. Es waren die gleichen Arten, die noch heute den dortigen Boden bedecken. Das Mammut war somach ein Grasfresser. Unter der sehr starken Haut hatte das Tier eine Fettschicht von 9 Zentimetern Dicke; das Fleisch war noch völlig geruchlos und so appetitlich, daß selbst die Mitglieder der Kommission Luft verpürten, es zu kosten. Da aber keiner zuerst den Versuch machen wollte, begnügte man sich, es den Hunden vorzuwerfen, die es, ohne Schaden zu nehmen, verschlangen: — zwanzigtausend Jahre altes Gefrierfleisch! Aus dem Blute konnte durch Serundiagnose unzweifelhaft die Verwandtschaft mit dem Elefanten festgestellt werden. Das Neuhäre stimmt überein mit dem, was die alten Steinzeichnungen angeben. Die Haare erreichten an der Brust und an den beiden Seiten des Bauches eine Länge von einem halben Meter. Der Schwanz ist oben klappenartig verbreitert und kürzer als bei dem heutigen Elefanten, am unteren Ende mit einer Haarquaste versehen. Leider fehlte der Rüssel. Die Stoßzähne gehen nach außen, wenden sich im Bogen nach oben und biegen sich dann nach innen um. Das letztere ist anormal. Inzwischen hat man noch andere Mammutskellete, darunter drei in Deutschland, gefunden, das größte von allen bei Stuttgart. Dieses scheint einer andern Rasse angehört zu haben. Aus allen diesen letzten Funden ergibt sich als allein richtige Stellung der Stoßzähne, daß sie von innen nach außen und wieder nach innen gekrümmt sind, dabei im Bogen nach oben gehen, keineswegs nach unten.

Der augenblickliche Stand der wissenschaftlichen Forschung bestimmt das Mammut als einen um einen Meter höhern Elefanten als den jetzt in Indien lebenden, mit großem Schädel, auf dem ein Schopf vorhanden war, und dessen Stoßzähne eine Länge von 4 Metern und ein Gewicht von 2 Zentnern erreichten, mit erhöhtem Widerriß, kleinem Ohr, langem Backenbart, harter Bauch- und Brustmähne, an den Beinen langer, eisbärartiger Behaarung und einer Quaste an der Schwanzspitze. D. R.



bessern. Es gelte unbedingt, das System zu ergänzen, und damit komme man zu den beruflichen Armenpflegern. Einige Städte wahren sich energisch gegen die beruflichen Armenpfleger, andere haben das System verbessert. Der Geschäftskreis der Armenpfleger sei sehr verschieden. Im allgemeinen sei festgestellt, daß die Berufspfleger die ehrenamtlichen Pfleger nicht ersetzen sollen, daß auch keiner den andern beaufsichtigen soll, sondern daß beide Hand in Hand arbeiten sollen. In Danzig sind jetzt drei Ermittlungsbeamte und eine Ermittlungsbeamtin tätig. Als diese die Unterstufungsempfänger besuchten, wurden mehrere von ihnen ermittelt, denen die Kommission Unterstützungen zugestimmt hatte, die Sparskassenbücher besaßen. Die neue Einrichtung habe sich in Danzig sehr bewährt, wie der Redner an mehreren Beispielen zeigte. In der inneren Stadt werden jetzt alle Anträge auf Armenunterstützungen nicht mehr vom Armenbezirksvorsteher, sondern auf dem Bureau des Armenamts zu Protokoll genommen, wodurch Vereinfachungen und Verbesserungen erzielt werden. Wertvoll sei es, daß die Ermittlungen schnell in die Hand genommen werden, wertvoll sei die berufliche Ermittlung auch in dringlichen und angeblich dringlichen Fällen; das Simulantenverbot werde bald erlassen, in Fällen dringender Not könne schnell Abhilfe geschaffen werden. Außerdem nehme der amtliche Ermittlungsdienst der Armenpfleger eine Reihe recht löstiger Verpflichtungen ab."

Das hat Herr Ewert nach dem Gesagten ausgeführt. Oberbürgermeister Scholz hat es unterstrichen und die Stadtverwaltungen dringend zur Einführung beruflicher Armenpfleger aufgefordert. Der Bureaurationismus lehnt nach einem weiteren Ausdehnungsgebiet.

Archidiazonus Brausewetter-Danzig sprach über „Die Kulturfrage der Literatur und ihre praktische Bewertung für die Städte Westpreußens“. „Die Pflege von Kunst und Wissenschaft in den mittleren und kleinen Städten“ behandelte der Oberlehrer Hiescher aus Stargard. Es wurde beschlossen, eine Kommission aus Stadtverordneten und Sachverständigen zu schaffen, die diese Fragen prüfen soll. Unmittelbare „praktische“ Erfolge werden die beiden Vorträge also nicht haben. Das sprichwörtlich gewordene Theaterland Westpreußens wird ebenso wie bisher weiter bestehen. Der Thon Oberbürgermeister H. A. brachte eine Forderung für die Ausdehnung der Gartenanlagen in den westpreussischen Städten. Deren Schaffung wäre keine Luxusausgabe. Ob den Herren Scholz und Ewert dabei nicht der unwürdige Zustand des Danziger Armenkirchhofs in Gedanken gekommen ist?

Will der Chronist ganz gewissenhaft sein, dann muß er noch erwähnen, daß die Herrschaften sich nach einem Frühstück, das ihnen die Stadt Braundung gab, gemeinsam photographieren ließen, und daß einige geflogen sind. Weiter ist wirklich nichts von den Verhandlungen des ersten Tages zu berichten. Hälti Ein „chrerbietiger treuer Gruß“ wurde dem deutschen Kaiser entboten. Das hätten wir beinahe ebenso vergessen, wie der Städtetag die Erörterung des Wohnungselends, als er Armenpflege und Gartensadhygiene besprach.

## Schweg

Des Kindesmordes angeklagt war vor dem Schwurgericht in Braundung die Schneiderin Bronika Felcowski aus Miesno, im Kreise Schweg. Die Angeklagte hatte am 31. März d. J. in einem Gasthause in Vaskowich ein Kind geboren. Dieses sollte sie unmittelbar nach der Geburt getötet haben. Die Geschworenen kamen zu einer Verneinung der Schuldfrage. Daher wurde die Angeklagte freigesprochen und aus der Haft entlassen.

## Thorn-Rulm-Briefen

Eine schwere Strafe verhängte das Schwurgericht in Thorn in seiner letzten Verhandlung gegen den Arbeiter Otto Becht aus Kulmsee. Dieser soll in einem Alimentsprozeß vor dem Amtsgericht Kulmsee eine wesentlich falsche Aussage gemacht haben. Der Angeklagte behauptete, mit der Arbeiterin Clara Wintersdorf zur Zeit der Empfängnis geschlechtlichen Verkehr gehabt zu haben, während sich die Klage gegen den von der B. als Vater des Kindes angegebenen Maurer Bruno Maroni richtete. Der Angeklagte hielt seine Aussage aufrecht und gab an, Briefe, die diese bestätigen könnten, aus Furcht vor seiner Frau versteckt zu haben. Der Angeklagte fuhr in einem Auto unter Begleitung eines Polizeikommissars nach Kulmsee, um die Briefe zu holen. Die Verhandlung wurde solange ausgesetzt. Die Geschichte von den Briefen war ein Märchen. Als der Angeklagte wieder nach Thorn zurückkam, legte er ein Geständnis ab und erklärte, von Maroni dazu angezettelt zu sein. Dieser wurde sofort verhaftet. Becht erhielt wegen des Meineides fünf Jahre Zuchthaus.

Bausack. An dem Neubau der Kornblumchen Villa in der Kösterstraße in Thorn kürzte der Arbeiter Lewandowski aus einer Höhe von sechs Metern ab und trug schwere innere Verletzungen davon. Die Ursache des Unfalls soll die Unzulänglichkeit des Gerüstes gewesen sein.

Das Fünftausendmal im Thonier Rathaushof soll am 28. Juni entzündet werden.

In Rheinsberg brannte der Viehhall des Anstalters Kühner nieder. Zwei Pferde, fünf Kühe und zwei Bullen kamen in den Flammen um. Ein brünes Pferd hatte so schwere Brandwunden davongetragen, daß es erschossen werden mußte. Das Feuer entstand durch die Explosion einer Petroleumlaterne.

## Die Kampfzeit im Glasfäßchen

Auf der Leipziger Buchgewerbeausstellung findet man unter andern schönen Dingen auch eine geschmackvoll ausgestattete Sammlung der Frankfurter Zeitung. Man sieht die Entwicklung des redaktionellen Stoffs an diesem Blatte, und es wird dargestellt, wie der Unterhaltungs gewachsen ist. Ein wenig abwärts, nur dem aufmerksameren Beschauer sichtbar, hängt wie

die Leipziger Volkszeitung schreibt, ein kleines Schriftstück unter Glas und Rahmen: eine Beigebildung aus dem Jahre 1874, daß der Begründer und Herausgeber der Frankfurter Zeitung, Leopold Sonnemann, das Gefängnis nach Verbüßung einer mehrmonatigen Haftstrafe verlassen habe, die er wegen Beleidigung des preussischen Mandarinentums erhalten hatte. Und über diesem Glasfäßchen ist zu lesen: Aus der Kampfzeit der Frankfurter Zeitung.

Die Kampfzeit im Glasfäßchen. . . Wir schlagen alle Jahrgänge des bekannten Europäischen Geschichtskalenders von Schullisch auf. Kämpfe um parlamentarische Rechte erregen das Land, in Preußen steht die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses in bestem Streit gegen die Regierung, die liberalen Blätter und die liberalen Redner stoßen heftige Schlachtrufe gegen das herrschende Regime aus. Es war die Periode des Verfassungskonflikts in Preußen, in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Aus dieser Zeit hält Schullisch die wichtigsten Vorfälle fest; einige davon seien in folgendem in Erinnerung gebracht:

6. Juni 1863. Kundreise des Kronprinzen (später Kaiser Friedrich) in die Provinz Preußen. Die Stadtverordneten einer ganzen Reihe von Städten der Provinz beschließen, unter den obwaltenden Umständen alle Empfangsfeierlichkeiten zu unterlassen und auch keine Deputation an ihn zu schicken.

14. Juni 1863. Die Stadtverordneten von Berlin beschließen, in Zukunft alle Adressen und Deputationen an das kgl. Haus überhaupt zu unterlassen.

23. Juni 1863. Die Stadtverordneten von Königsberg in der Rheinmark lehnen alle Empfangsfeierlichkeiten für die Prinzen Albrecht und Friedrich Karl ab, mit 9 gegen 6 Stimmen selbst eine Begrüßung. (Daselbe geschah im Herbst bei Gelegenheit der Wanderschaft des König gegenüber.)

31. Juli 1863. Tod des Prinzen Friedrich. Die Stadtverordneten von Berlin beschließen mit 34 gegen 26 Stimmen, die Aufhebung einer Adresse oder Deputation zu unterlassen. Im Ministerium wird deshalb die Frage der Auflösung der Stadtverordnetenversammlung ventilert.

22. Dezember 1864. Die Stadtverordnetenversammlung von Berlin lehnt den Antrag, ihren Beschluß vom 18. Juni 1863 wieder aufzuheben, mit 54 gegen 28 Stimmen ab.

25. Februar 1865. Die Stadtverordneten von Steettin lehnen mit Rücksicht auf die allgemeine Lage des Landes mit 27 gegen 23 Stimmen die ihnen zugemuteten Empfangsfeierlichkeiten für den Kronprinzen ab.

9. März 1865. Die Stadtverordneten von Königsberg lehnen mit Rücksicht auf die allgemeine Lage des Landes jede ihnen zugemutete Bewilligung für die Feier des 50jährigen Jubiläums der Vereinigung der Rheinlande mit der Krone Preußens ab.

19. März 1865. — Dagegen lehnen auch zu Essen die Stadtverordneten die Beteiligung an der Feier ab.

22. Februar 1866. In das Schloß vom Präsidenten (des Abgeordnetenhauses) auf den König ausgebrachte Hoch stimmen nur die Feudalen und Katholiken ein.

23. Februar 1866. Schluß der Session des Landtags im weißen Saale des kgl. Schlosses. Zu der Feierlichkeit findet sich keiner der Präsidenten des Abgeordnetenhauses und von den Mitgliedern nur die Feudalen und einige Katholiken ein.

22. März 1866. Geburtstag des Königs. Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft von Königsberg beschließt, die übliche Ausfaggung und Illumination des Börsegebäudes diesmal zu unterlassen. Es wird deshalb eine Untersuchung eingeleitet.

Diese immerhin noch mannhaften Taten sind von Liberalen vollbracht worden, von den Vätern derselben Leute, die sich heute gar nicht genug über die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags entrüsten können, weil sie beim Kaiserhoch nicht aufgestanden ist. Heute rebellieren die Liberalen höchstens mit dem Maul. Die Liberalen der sechziger Jahre haben, wie man aus obigen Beispielen erkennen kann, noch nicht einmal vor Toten den landesüblichen Respekt gehabt.

Jedoch soll man von der Distanz niemals verlangen, daß sie Feigen trage. Das Bürgerium unserer Tage hat wichtigere Aufgaben zu erfüllen, als um Volksrechte zu kämpfen. Der Profit ist es, um den sich alle seine Gedanken drehen, und die schönen Worte vom Liberalismus dienen höchstens zur Belebung der Feiertage. Es kann nicht leicht ein treffenderes Symbol für die liberale Schande geben, als die von der Frankfurter Zeitung zur Schau gestellte „Kampfzeit“ im Glasfäßchen. Und wenn die Nachfahren jener aufrechten Männer heute mit den Junkern um die Werte auf die Sozialdemokratie wegen des verweigerten Kaiserhochs schimpfen, so kann uns das nur zur Ehre und Genugtuung gereichen.

## Das Hüten als Vervollkommnung des Unterrichts

Während der sogenannten Sommerschule ist es in den meisten Dörfern Vommerns Usus, daß die größeren Kinder die Schule von 6 bis 5½ Uhr besuchen. Man will durch den frühzeitigen Schulbeginn den Interessen der Junker dienen.

Nun verfügte eine königliche Regierung, der 6 Uhr gar zu früh vorzukam, daß der Unterricht um 6¼ Uhr beginnen solle. Diese kleine Verbesserung ging aber den Großgrundbesitzern zu weit.

In einer Versammlung verlas Herr v. Sydow auf Zirkow eine Resolution, die mit „Begründung“ an den Oberpräsidenten von Pommern gesandt wurde. Ein Landlehrer wollte die Verfügung rechtfertigen, wurde aber niedergestromt.

Herr v. Sydow hat einen alten Erlaß ausgegraben, in dem es heißt:

Lesen, Schreiben, Rechnen, nebst dem Kern der Religions- und Sittenlehre umfassen den ganzen Kreis dieser Wissenschaft als hinreichend zu dem was das Volkszeitleben für sein zeitliches Fortkommen und sein wahres Glück allgemein notwendig hat. Wer den Kindern dieser arbeitenden Klasse nicht aufpassen und selbst diese wenigen Gegenstände über einen sehr mäßigen Grad ausbauen will, macht sich eine vergebene und

andankbare Mühe, auch handelt er dem wahren und großen Interesse dieser Menschen, der Ruhe der Gemüter, dem Fleiß und der Emsigkeit im Berufe und damit dem Wohle des Staates entgegen. Wenn eine große Menge Geschmack an Lektüre gewinnen, zur Liebe der Wissenschaften an sich gebracht werden sollte, so werden ihre Hände der mechanischen Arbeit, ihre Sinne der Aufmerksamkeit und Verwendung auf die ersten und dringendsten Bedürfnisse der Nation entzogen, und es wird ihr die Zurückentwicklung mit den einfachsten, mühsamsten und niedrigsten Beschäftigungen geraubt werden."

In der Begründung der Eingabe an den Oberpräsidenten heißt es:

„Das Vieh kann dann nur eine Stunde fressen und der Mischtrug geht dabei zurück.“

Doch die Herren haben nicht bloß das Wohl des Viehes, sondern auch das der Jugend im Auge; denn sie sagen: „Für die Erziehung ist das Hüten sehr wichtig.“

Man kann daraus schließen, wie mangelhaft die Junker selbst erzogen sind, denn keiner von ihnen ist als Hütejunge tätig gewesen, auch enthalten sie ihren Söhnen und Töchtern die Möglichkeit hartnäckig vor, Geist und Charakter durch eine mehrjährige Hütetätigkeit harmonisch zu bilden.

Der Oberpräsident von Pommern wird nun zu entscheiden haben, ob es für das Wohl Preußens wichtiger ist, daß das Vieh der pommerschen Junker morgens länger als eine Stunde frisst, oder ob man eine den Kindern zuträglichere Schulordnung einführt.

## Die Arbeitsvermittlung in Tokio

Von Sen Katayama.

In Tokio gibt es mehrere Hunderte von Arbeitsnachwehbureaus. Die eine Art hat es schon gegeben unter der feudalen Zeit. Diese beschäftigten sich mit der Vermittlung von Dienstboten und allerlei Gelegenheitsarbeitern beiderlei Geschlechts. Es gibt sogar Vermittlungsbureau, die sich mit der Vermittlung von Prostituierten und Konkubinen beschäftigen. Neben diesen alten Einrichtungen sind andere, neue Arbeitsnachwehbureaus entstanden, die den neuen Verhältnissen mehr Rechnung tragen und die, was die Ausbeutung der Stelleruchenden anlangt, ganz denen in den westlichen Kulturländern gleichen. Der Arbeitssuchende, der ein solches Bureau benutzt, hat zunächst 25 Pfg. bis 1 Mark an Einschreibgebühr zu zahlen; in einzelnen Fällen sogar bis zu 5 Mark. Die Zahlung gibt ihm das Recht, das Buch nachzusehen, in dem die freien Arbeitsplätze eingezeichnet sind. Wird er vom Vermittler nach einem solchen Platz hingeführt, so erhält er von ihm ein Empfehlungsschreiben für drei Tage. Die Plätze sind aber meist besetzt; denn die in dem Buch eingetragenen Beträge sind nichts anderes als mehr oder weniger veraltete Zeitungsinserate. Der arme Arbeitslose hat Zeit und Geld umsonst geopfert. Nach einigen Tagen meldet er das Bureau, geht zu einem anderen und wird dort in der gleichen Weise genept. Trotzdem finden sich immer wieder neue vom Lande zuziehende Arbeitslose, die in jenen Bureaus ihr Glück versuchen. Diese Schwindereien der Vermittler sind hinlänglich bekannt, ohne daß die gut organisierte Polizei irgend etwas dagegen tut.

Die alten Vermittlungsbureaus sind, wie schon erwähnt, Nachweisstellen für Dienstboten und Arbeiter und Arbeiterinnen für sonstige persönliche Dienste und allerlei niedrige Beschäftigungen. Sie haben ihr Geschäft nach polizeilichen Vorschriften zu führen. Um eine Arbeitsstelle zu erhalten, muß der Arbeiter eine Sicherheit stellen in Gestalt einer für ihn verantwortlichen Person, mit der der Vermittler den Kontrakt abschließt. Das ist aber nicht so schwer, als es scheint. Der Vermittler findet für jeden, der ihm 2 Yen bezahlt, die gewünschte Person, die die vorschriftsmäßige Verantwortlichkeit übernimmt. Dieser famose Verantwortliche muß ein Bürger von Tokio sein und auch in der Stadt wohnen. Dieser Bürger bekommt in der Regel 1 Yen, den Rest der Vermittler. Dieser schließt den Vertrag mit dem Dienstherrn für den Arbeiter ab und bekommt nun für diese seine Mühewaltung 10 Prozent von dem sechsmonatigen Lohn. Diese Summe wird von den beiden Vertragsschließenden zu gleichen Teilen getragen. Der Lohn für männliche Dienstboten beträgt zurzeit 7, 5, 4 Yen (etwa 17, 12 bezw. 10 Mark) pro Monat nebst Kost und Logis. Sonntagsruhe gibt es für die Hausklaven nicht und es ist sehr selten, daß einer im Jahre mehr als zwei oder drei Feiertage erhält. Die tägliche Arbeitszeit ist gänzlich unregelmäßig; jede Stunde des Tages und der Nacht muß er auf den Wink seines Herrn bereit sein. Das Essen ist schlecht. Die Dienstboten in Privathäusern oder in den kleinen Ladengeschäften in Japan sind der größten Ausbeutung unterworfen. Ihre Beschäftigung sind meist kleine Händler und Handwerker.

Dieser Tage teilte mir ein Vermittler mit, daß sein Bureau täglich von 200—300 Personen besucht werde, im Winter seien es bis zu 400. In der Regel wird der Arbeiter auf 3 Tage Probezeit angenommen; erst dann wird der Kontrakt gemacht und die Gebühr bezahlt. Sehr oft geschieht es aber, daß ein Beschäftigter die zur Probe Angenommenen nach drei Tagen wieder entläßt und so immer wieder von neuem wechselt, weil die Betroffenen angeblich für den Posten sich nicht eignen. Auf diese Weise spart er die Vermittlungsgebühr, den Arbeiter findet er mit einigen Pfennigen Lohn ab. Durch den Wechsel des Vermittlungsbureaus sind solche Herrschaften in der Lage, ihr Spiel lange fortzusetzen. Viele dieser Hausklaven frequentieren die Vermittlungsbureaus ihr ganzes Leben lang. Die armen Teufel arbeiten einige Wochen oder Monate hintereinander, sparen sich einige Yen, gehen dann außer Stellung, ziehen in ein billiges, schmutziges Logis und geben ihr Geld leichtfertig aus, um dann, wenn der Hunger sich fühlbar macht, wieder die Jagd nach einer Arbeit zu beginnen. Es sind das in der Mehrzahl Leute, die keinerlei Handwerk erlernt haben, sondern die jede Art Arbeit verrichten. Sie enden in der Regel im Arbeitshaus. Mein Gewährsmann teilte mir mit, daß im Jahre 80—90 000 Personen sein Bureau besuchen; Platz erhielten nur etwas mehr denn 2000. Das in Frage stehende Bureau ist das frequentierteste in Tokio. Eine große Zahl der Inhaber dieser Bureaus sind ehemalige Polizeibeamte oder



frühere Detektive, die ihr bisheriges Gesehenskenntnis dazu benutzten, die Maschinen der Wäsche zu meiden, die Ausbeutung der Stellerfuchenden strafflos zu betreiben. Kommt so ein junger Mann vom Lande nach Tokio und in ein solches Bureau, dann wird er aufs freundlichste empfangen. Man gibt ihm Kost und Logi- und behält ihn solange, als er Geld hat, ehe man daran geht, ihm einen Arbeitsplatz zu verschaffen. Handelt es sich um ein Mädchen, dann wird es vielfach in ein Teehaus gebracht oder gar regelrecht verkauft in ein Bordell. Immer und immer wieder liefern die armen Landleute das gewünschte Material für die ausbeuterischen Stellenvermittler.

Die Stadt Tokio hat seit einigen Jahren drei Arbeitsnachweise eingerichtet, die aber noch keine Bedeutung erlangt haben. Jeder dieser Arbeitsnachweise ist verbunden mit einem Logierhaus, wo die Stellefuchenden für 1 oder 2 Sen (2 1/2—5 Pf.) pro Nacht logieren können. Diese Häuser liegen weitab vom Zentrum der Stadt und werden von städtischen Beamten geführt.

Sodann sind noch einige besondere Vermittlungsbureaus in Tokio und zwar für Köche, Barbier, Zuckerbäcker, Kalkbäcker, Makaronibäcker, Badbediener, und sogar für Bordellhausdiener. Die nach den öffentlichen Badehäusern vermittelten Männer, die Sanjutsu, gelten als die niedrigste Klasse von japanischen Arbeitern. Die zahlreichen Badehäuser, die Tokio besitzt, haben je zwei Abteilungen für Männer und für Frauen. Die Sanjutsu bedienen in beiden Abteilungen. Der Preis für ein Bad ist 7 1/2 Pf., und 2 1/2 Pf. kostet das Abwaschen durch einen Sanjutsu, der die Rücken, Schultern und Arme der Frauen ebenso abwäscht wie die der Männer. Die Köche und Barbier sind etwas höherstehende Gruppen. Die Arbeiter der Industrie, die Metallarbeiter, Tischler usw., haben keine besonderen Arbeitsnachweise. Sie finden Beschäftigung meist durch Freunde oder Umfrage an den Toren der Fabrik; die Vermittlung durch Inzerate ist ebenfalls viel verbreitet. Man sieht, es fehlt in Japan auf allen Gebieten an Organisation. Es wird Zeit, daß die städtischen Arbeitsnachweise besser ausgebildet werden, damit der Ausbeutung der armen Arbeitlosen durch raffgierige Stellenvermittler ein Ende gemacht wird.

## Gerichtliches

— Eine Entrechtung der Wähler — durch einen Sozialdemokraten. Diese für weite Kreise sehr unwahrscheinlich klingende „Feststellung“ hat dieser Tage die Strafkammer in Naumburg gemacht, vor der sich der Lagerhalter Henrich aus Zeitz wegen angeblicher Urkundenfälschung zu verantworten hatte. Unser Genosse hatte im Auftrage des Zeitzer Gewerkschaftskartells die Vorschlagsliste für die Vertreterwahlen der Ortskrankenkasse des Landkreises aufzustellen, die 6 Vertreter und 12 Ersatzmänner haben mußte. In einer zu diesem Zwecke einberufenen Versammlung wurde auch der bisherige Vertreter Ziegler Glanz für die dritte Stelle vorgeschlagen. Da er nicht anwesend war, wurde die betreffende Stelle in der Liste freigelassen und von G. später der Name eingefügt. In der betreffenden Versammlung war erklärt worden, daß die Liste möglicherweise vom Kartell noch geändert werden könne, was bezüglich Glanz auch eintrat. Genosse Henrich überlebte dann die alte Liste und schrieb den Namen des G. an siebzehnter Stelle. Damit hatte er sich nach Ansicht des Staatsanwalts der Urkundenfälschung schuldig gemacht, die mit der Mindeststrafe von einem Tage Gefängnis zu sühnen sei. Die Strafkammer erkannte aber auf eine Woche Gefängnis, weil es in dem Gebahren des Angeklagten eine Entrechtung der Wähler erblickte.

Diese angebliche „Entrechtung“ wird ein wenig verständlicher, wenn man erfährt, daß der durch Mehrheitsbeschluß an eine andere Stelle gekelte Vertreter ein Hirsch-Dückerer Gewerkschaftler, der Angeklagte aber ein freier Gewerkschaftler war.

## Gewerkschaftliches

— Zum Kasseler Brauereiarbeiterstreik. Die bürgerlichen Blätter Kassels veröffentlichten eine von interessierter Seite stammende Notiz, wonach das Ende des Brauerausstandes zu verzeichnen sei, nachdem ungefähr zwei Drittel der am Streik beteiligten Arbeiter zur Arbeit zurückgekehrt seien, während der Rest der Ausständigen, das Gewerbegericht als Einigungsamt zur Beilegung der bestehenden Streitigkeiten angerufen habe. Die Brauereibesitzer haben ihre Bereitwilligkeit, vor dem Einigungsamt zu erscheinen, zugesagt.

Diese Mitteilung erscheint geeignet, und ist auch darauf berechnet, dem breiten Publikum Sand in die Augen zu streuen. Vor allen Dingen befinden sich immer noch mehr als zwei Drittel der ehemals Beschäftigten im Ausstand und der Anrufung des Gewerbegerichts liegen ganz andere Ursachen zugrunde, als man in der obigen Mitteilung der Öffentlichkeit glaubt sagen zu müssen.

Der Sachverhalt ist kurz folgender: Die im Streik stehenden Brauereiarbeiter stellten an das Gewerkschaftskartell Kassel den Antrag, den Boykott zu verhängen. Der Vorstand des Kartells war sich der Schwere dieses Schrittes bewußt und glaubte, denselben nicht früher unternehmen zu dürfen, bevor nicht alle Versuche zur friedlichen Lösung des Konfliktes als ergebnislos anzusehen seien. Aus diesem Grunde wurde dieser Weg vom Vorstande des Kartells im Einverständnis mit den Ausständigen gegangen und von den Brauereien die Zusage gegeben, vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt zu erscheinen. Von einer Beendigung des Streiks ist also nicht die Rede.

Die Kasseler organisierte Arbeiterschaft hat das Vorgehen ihrer Leitung durchaus gebilligt und durch eine Resolution den Streikenden ihre volle Sympathie ausgesprochen, gleichzeitig aber auch erklärt, daß, falls den Streikenden ihr Recht nicht werden sollte, sie gewillt ist, mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln in den Kampf einzugreifen. Am Mittwoch den 24. Juni cr. sollten die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht beginnen. — Zugug ist nach wie vor fernzuhalten.

— Die Aussperrung in den sächsischen Gußstahlwerken beendet. Die Aussperrung in den sächsischen Gußstahlwerken in Döhlen bei Dresden ist mit Zustimmung der Ausgesperrten

aufgehoben worden. Die Ausgesperrten nahmen die Arbeit am Montag früh mit allen ihren Rechten wieder auf. Die Aussperrung gilt nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses, von dem das Pensions- und Versicherungsverhältnis der Arbeiter abhängt. Der Streik der Former und Gleiser, dessentwegen die Aussperrung erfolgte, dauert aber fort; doch sind auch wegen dieses Streiks erneute Verhandlungen im Gange.

— Dänemark für Lithographen, Steindrucker und Lichtdrucker gesperrt. In Dänemark wurde der Tarif für Lithographen, Stein- und Lichtdrucker zum 1. Juli gekündigt. Einigemale wurden von den Gehilfen Verhandlungen angebahnt, jedoch mit negativem Erfolg. Ohne eine Einigung erzielt zu haben, wurden die letzten Verhandlungen abgebrochen, und da ein Termin zur Weiterberatung nicht vorauszu sehen ist, wird es jedenfalls zum Streik kommen. Von der Leitung des Gehilfenverbandes wurde daher Dänemark für Lithographen, Stein- und Lichtdrucker gesperrt. Ohne vorherige Erkundigung beim internationalen Vertrauensmann für Dänemark, Carl Suchy in Kopenhagen R., Gothersgade 153 darf daher keine Stellung angenommen werden.

— Politisch-„christliche“ Propaganda im Buchdruck. Der Kölner Gauvorsitzer des deutschen Buchdruckerverbandes Albrecht hatte kürzlich in seinem Jahresbericht andeutungsweise bemerkt, daß vielfach der Reichstag zur Agitation gegen den Verband benutzt werde. Darob große Entrüstung unter den Gutenbergblündern; sie forderten Beweise und suchten die katholischen Kollegen im Buchdruckerverband scharf zu machen. Als Antwort veröffentlichte Albrecht im Verbandsorgan folgendes ihm zugegangene Schreiben, worin mit Rücksicht auf die beteiligten Personen Ort und Namen weggelassen sind:

Geehrter Herr Kollege Albrecht!

Als langjähriges Verbandsmitglied fühle ich mich verpflichtet, Ihnen nachstehend einen kleinen Beitrag zu der gemeinen Agitation für den Gutenbergbund seitens außenstehender Kreise zu geben. Schreiber dieses ist Katholik und hat sich vor einigen Monaten mit der Tochter eines mittleren Eisenbahnbeamten verlobt. Schon vor dieser Zeit wurde meiner Braut in der Beichte seitens eines Kaplans geraten, mir doch sofort abzuschreiben, denn die Buchdrucker seien alle Sozialdemokraten. Am verflochtenen Sonntag war das Ding denn doch ein bißchen toller. Nachdem er (der Kaplan) nun gefragt, was ihr Bräutigam sei, schimpfte er nun wieder über die sozialdemokratischen Buchdrucker. Sie sollte ihre Jugend doch nicht an der Seite eines Sozialdemokraten verschleifen, als Beamtentochter könnte sie doch wohl eine bessere Partie machen. Später würde sie als eine Sozialdemokratenfrau angesehen. Nachdem sie ihm dann gesagt, daß sie mit mir verlobt sei, meinte er, daß sei kein Grund, die Verlobung sei wieder zu lösen. Am Gericht bekäme sie schon recht. Oder sie sollte unter irgend einem Vorwand in eine andere Stadt gehen.

Natürlich hat sie ihm gesagt, daß sie nicht von mir ließe, da ich auch meinen religiösen Pflichten nachkäme, worauf er ihr empfohlen hat, mich derart zu beeinflussen, damit ich in den allerchristlichsten Gutenbergbund gehe. Sie mache sich einer schweren Sünde schuldig, wenn sie sonst weiter mit mir verkehre . . .

Verbleibe mit kollegialischem Gruß Ihr (Name).

Es wird uns mitgeteilt, daß auch anderwärts die Kapläne ähnliche Agitation treiben. Wie lange werden sich katholische Arbeiter noch solche Bevormundung gefallen lassen.

— Berufserklärung durch Unternehmer. Im vorigen Jahre veröffentlichte der Vertrauensmann des Verbandes der Malergehilfen in der Spandauer Zeitung ein Inzerat, in dem er die Einwohner Spandaus ersucht, die Malergehilfen in dem Lohnkampf, den ihnen die Unternehmer aufgezwungen hatten, zu unterstützen. Die Unternehmer hatten die Gehilfen wegen Lohnhöhenunterschieden gesperrt. 17 der Innung angehörende Unternehmer stellten deshalb gegen den Vertrauensmann Georg Smylowski den Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft. Sie wurden jedoch auf den Weg der Privatklage verwiesen. Das Schöffengericht sprach Smylowski frei, weil er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe und da das Wort „privat“ in dem gebrauchten Sinne nicht die Absicht der Beleidigung enthalte. In der Berufungsverhandlung am Mittwoch vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III Berlin, in der Rechtsanwalt Wolfgang Heine den Angeklagten verteidigte, widerholte der Beklagte, daß er nicht die Absicht hatte, die persönlichen oder geschäftlichen Interessen der Privatkläger zu schädigen. Er habe lediglich die Interessen des Malergehilfenverbandes wahrnehmen wollen. Darauf erklärten die Privatkläger, daß sie die Privatklage zurückziehen, die Kosten übernehmen und auch dafür wirken werden, daß der Angeklagte wieder in Spandau Beschäftigung erhalte, die er seit jenem Inzerat nicht mehr gehabt habe.

— Der Haushaltsplan der Berliner Bäckereinnung. Wie die Organisationen der kleinen Handwerksmeister mit den Einnahmen hauszuhalten verstehen, das zeigt der Inhaber der Öffentlichkeit unterbreitete Voranschlag der größten Innung in Deutschland für das Jahr 1914. Nebst diversen Zuwendungen aus verschiedenen Nebenkassen sind als Einnahmen von ordentlichen Jahresbeiträgen der 1750 Mitglieder 17 500 Mark vorgegeben. 1912 betrugen diese Einnahmen 18 474 Mark. Außerdem müssen die Mitglieder noch pro Jahr und beschäftigte Person 2 Mark zahlen, was eine Summe von 10 400 Mark ergibt. An persönlichen Ausgaben sind aber für das neue Rechnungsjahr 24 260 Mark veranschlagt. Diese Summe verteilt sich an Entschädigung für den Obermeister 4500 Mark, an den Altmeister 3600 Mark, den Kassensführer 1200 Mark bis herab auf 20 Mark für die Kassensprüfer. Jeder ehrenamtliche Posten wird gut entschädigt. 1912 erhielt sogar der Obermeister 6000 Mark Entschädigung für seine Mühewaltung, ein ganz schönes Einkommen, das aber mit dem § 94a der G. O., wonach die Innungsvorstände ihr Amt als Ehrenamt unentgeltlich ausüben sollen, nicht in Einklang zu bringen ist. Der Polizeipräsident hat auch diese enorm hohe Summe beanstandet und der Klenderung der diesbezüglichen statutarischen Bestimmungen die Genehmigung verweigert. Die Mühewaltung des Obermeisters um die Innungsgeschäfte kann eine solche Vergütung nicht rechtfertigen, denn es sind noch fünf Beamte an-

gestellt, für die zusammen ein Gehalt von 9800 Mark vorgesehen ist.

Für scharfmacherische Zwecke, als Beitrag zum Arbeitergüterverband, sind 14 000 Mark in die Ausgaben gestellt. Dagegen sind aber die vorgeesehenen Aufwendungen für die der Innung durch die Gewerbeordnung überworfenen Ausgaben außerordentlich niedrig. Im Jahre 1912 wurden für Innungsschiedsgerichte, Gesellenausschuss, Herbergs- und Sprechkommission, Meisterkurse und Prüfungsgebühren 8162 Mark aufgewendet und jetzt sind für diese Zwecke nur 2900 Mark vorgesehen.

— Achtung! Transportarbeiter aller Branchen! In Köln am Rhein befinden sich zurzeit die Fuhrleute, Expeditionsführer, Lade- und Lagerarbeiter, Möbeltransporteure, Droshkenschaffere und Fensterputzer (circa 1800) in der Lohnbewegung. Es ist nicht ausgeschlossen, sogar sehr wahrscheinlich, daß es zum offenen Kampfe, also zur Arbeitsniederlegung kommt. Wir möchten daher erfragen, um der Kölner Transportarbeiter-Schaft den Kampf nicht zu erschweren, den Zugug von allen oben angeführten Berufskollegen nach Köln fernzuhalten.

— Die Glasarbeiteraussperrung in der Lausitz beendet. Der Kampf in der Lausitzer Glasindustrie ist durch nachstehenden am 17. Juni in Dresden abgeschlossenen Vergleich zu Ende geführt: Zwischen dem Schuhverband Deutscher Glasfabriken in Dresden und dem Zentralverband der Glasarbeiter, vertreten durch ihre Vorstände, ist am 18. Juni in Dresden folgendes vereinbart worden: Die Aussperrung unterbleibt und die bereits bestehende Aussperrung in Gruppe 3 des Schuhverbandes der Glasfabriken wird am 4. Juli aufgehoben, ebenso nehmen die ausgesperrten und die streikenden Arbeiter bis zum 4. Juli die Arbeit wieder auf, nachdem dafür folgende Voraussetzungen erfüllt sind: Die Arbeitszeit beträgt in Rauscha, Kohnfurt und allen denjenigen Betrieben, wo sie bisher in dieser Ausdehnung bestanden hat, 9 1/2 Stunden. Die Parteien erklären sich bereit, am 1. Oktober über eine Regelung der Arbeitszeit und über die Aufstellungen von Richtlinien, nach denen künftig entstehende Differenzen erledigt werden sollen, in Unterhandlungen zu treten. Die Rauschauer Fabrikanten halten die den Arbeitern freiwillig bereits gemachten Zugeständnisse aufrecht, wohingegen von den Arbeitern die darüber hinausgehenden Lohn- und sonstigen Forderungen fallen gelassen werden. Der Schuhverband der Glasfabriken verpflichtet sich, für die Zeit bis 1. Oktober Angriffe auf die Interessen der Arbeiter oder Verschlechterungen der bestehenden Arbeitsbedingungen zu verhindern.

Damit ist ein überaus folgenschwerer Kampf vermieden worden, der beiden Teilen ungeheure Opfer auferlegt hätte. Wäre der Unternehmerverband auf seiner Bezirksversammlung in Kohnfurt nicht zu dem Beschlusse gekommen, eine Regelung der Arbeitszeit überhaupt abzulehnen, hätte auch die Aussperrung im Benziger Bezirke nicht brauchen sein, und auch die dort gebrachten Opfer wären nicht notwendig gewesen. Es handelt sich lediglich um einen Waffenstillstand, darum heißt es rüsten für die Zukunft.

— Tarifabschluß der Nacener Dachdecker. Mit der Dachdeckerzwangsinnung haben die Gehilfen einen Tarifvertrag auf drei Jahre abgeschlossen. Der Stundenlohn beträgt ab 1. Juli 54 Pfg., ab 1. April 1915: 57 und ab 1. April 1916: 60 Pfg. Damit tritt eine Erhöhung des Lohnes um mindestens 10 Pfg. pro Stunde ein. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 58 Stunden.

## Aus der Partei

— Verbandsversammlung der Groß-Berliner sozialdemokratischen Vereine. Am Sonntag wurde die am 14. Juni vertagte Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Vereine Groß-Berlin fortgesetzt. Auf der Tagesordnung stand zunächst der Bericht der Reorganisationskommission. Die Kommission hat die Beratung über die Reorganisation der Parteiorganisation noch nicht abgeschlossen und konnte demzufolge hierüber noch keine Vorschläge machen. Endgültig hatte sie jedoch Stellung genommen zu dem Abonnementrückgang des Vorwärts und machte entsprechende Vorschläge. Nach sehr ausgiebigen Debatten nahm die Versammlung folgende Anträge an:

1. Im Interesse des Blattes ist statt der jetzt üblichen Führung der Redaktionsgeschäfte durch die Mehrheit des Redaktionsverbandes eine Chefredaktion zu schaffen und die Anstellung eines Chefredakteurs zu empfehlen.

2. Das 25 Pf.-Wochenabonnement ist einzuführen. Die Entscheidung über die Gestaltung des Vorwärts, über seinen Umfang und dergleichen sollen Parteivorstand, Pressekommision, Redaktion und Geschäftsleitung gemeinsam treffen.

3. Unter Beibehaltung der jetzigen Betriebsform ist mit den maßgebenden Persönlichkeiten von nahestehernden Vereinen Rücksprache zu nehmen, wie in systematischer Weise in den Fabriken und auf den Arbeitsplätzen für die Ausbreitung des Vorwärts am zweckmäßigsten agitiert werden kann. In gleicher Weise soll auch versucht werden, für die Verbreitung unserer Broschürenliteratur geeignete Maßnahmen zu treffen.

4. Die öffentlichen Anschlagskäulen zur Propaganda für den Vorwärts sind regelmäßig und in geeigneter Form zu benutzen.

5. Die Spediteure sollen gehalten sein, falls Abonnement den Vorwärts abbestellen, die Abbestellung umgehend der Organisationsleitung zu melden. Diese hat den zuständigen Funktionär davon zu benachrichtigen. Seine Aufgabe ist es dann, die Ursache der Abbestellung festzustellen und zu versuchen, den Abonnementen zu halten.

Für jeden Wahlvereinsbezirk ist ein Buch anzulegen, welches die Vorwärts-Abonnementen enthält. Die Eintragungen sind vom Spediteur zu machen.

Dann wurden noch die folgenden Anträge angenommen: 1. Die Verbandsgeneralversammlung möge beschließen: Zur besseren Uebersicht über die Zahl der arbeitstunigen Mitglieder sind entsprechende beitragsfreie Marken einzuführen und an die Kreise unentgeltlich abzugeben. An Stelle der bisherigen Form der Abstempelung der durch Erwerbslosigkeit beitragsfreien Monate sind diese Marken zu verwenden.



**2. Im Interesse der geistigen Anregung des Parteilebens** in Berlin sowie entsprechend dem demokratischen Charakter der Partei, die ihre wichtigsten Fragen und Entscheidungen den breiten Kreisen ihrer Mitgliedschaft unterbreiten muß, ist auf die Tagesordnung jeder ordentlichen Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin wichtiger den geschäftlichen Berichten und Wahlen die jeweilig wichtigste politische Frage mit entsprechendem Referat zu setzen.

Der Reorganisationskommission wurde ein Antrag überwiesen, welcher besagt, daß für die Jahlabende außer den geschäftlichen Angelegenheiten eine für ganz Groß-Berlin gleichlautende Tagesordnung aufgestellt und im Vorwärts bekannt gemacht wird.

**Die eilige Bayreuther Justiz.** Unserem Bayreuther Parteiblatt entnehmen wir die Mitteilung, daß der Staatsanwalt Selig das Hauptverfahren gegen einen preßgesetzlich jedoch nicht verantwortlichen Redakteur der Frankfurter Volkstribüne am 18. Juni eröffnet hat, obgleich am 17. Juni die Berufsorganisation der bayerischen Journalisten gegen ein solches, dem Preßgesetz widersprechendes Verfahren Protest eingelegt und vom Justizminister eine Korrektur dieses staatsanwaltschaftlichen Fehlgriffes verlangt hat. Damit ist dem Justizminister die Mäßigkeit genommen, den Fehlgriff zu korrigieren; denn in ein „Schwebendes Verfahren“ kann er ja nicht eingreifen. Außerdem ist diese Sache dem zurzeit tagenden Schwurgericht überwiesen worden, obwohl dem Angeklagten nach vor einigen Tagen von dem zuständigen Gerichtsherrn mitgeteilt wurde, daß seine Sache erst in der nächsten Schwurgerichtsperiode zur Verhandlung kommen könne, weil es in der jetzigen nicht mehr gehe! Mit einer Frist von ganzen acht Tagen zerrt man also den nach einmütigem Urteil der bayerischen Presseorganisation zu unrecht angeklagten Redakteur vor das Schwurgericht!

**Wegen Beleidigung der Essener Polizei** erhielt am Donnerstag Genosse Steinbüchel von der Essener Arbeiterzeitung 50 Mark Geldstrafe. Nach der Protestversammlung in Sachen des Koalitionsrechts hatte die Arbeiterzeitung das umfassende Aufgebot der bewaffneten Macht gebührend kritisiert. Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis, damit endlich einmal die ewigen Beleidigungen der Polizei aufhörten.

**Gegen die Arbeiterturner und die Arbeiterjugend.** Der Vorsitzende des Arbeiterturnvereins in Bertsdorf in Sachst. hatte sich vor dem Schöffengericht in Jittau wegen Übertretung des Vereinsgesetzes zu verantworten. Er hatte sich gegenüber der Polizei das verlangte Statut des Vereins und ein Mitgliedsverzeichnis des Vorstandes einzureichen, weil der Verein sich niemals mit Politik befaßt hatte. Das Gericht erklärte jedoch den Verein für politisch, weil er dem Arbeiterturnerbund angeschlossen ist, und erkannte gegen den Angeklagten auf 30 Mark Geldstrafe oder 5 Tage Gefängnis.

Hierauf hatte sich vor demselben Gericht der Leiter der Arbeiterjugend in Hartau zu verantworten, der wegen des gleichen Vergehens angeklagt war. Das Gericht kam in diesem Falle jedoch zu einer Freisprechung, da es sich bei der Arbeiterjugend von Hartau um keinen Verein, sondern nur um lose und unregelmäßige Zusammenkünfte handelte; Satzungen seien nicht vorhanden und ein Mitgliederbeitrag werde nicht erhoben. Die Anklage war auf Beweise gestützt, die von einem Gendarmen zusammen getragen worden waren. Dieser sagte als Zeuge aus: „man nehme an, daß eine Beeinflussung der Jugend im politischen Sinne erfolge“. Damit konnte das Gericht aber nichts anfangen.

**Hausdurchsuchung.** Auf richterliche Anordnung wurde in der Privatwohnung eines Redakteurs und später auch in den Redaktionsräumen unseres Waldenburger Parteiblattes, der Schöffliche Bergwacht eine Hausdurchsuchung nach Manuskripten vorgenommen. Gesucht wurde nach einem Artikel durch den ein schließlicher Großgrundbesitzer beleidigt sein sollte. Gefunden wurde nichts.

**Der Gebörzwang als grober Anflug.** Vor dem Schöffengericht in Breslau hatte sich der Parteisekretär Müller wegen Verübung groben Unflugs zu verantworten. Er hatte eine Verklammerung angekündigt mit den Worten: „Der Kampf gegen den Gebörzwang“. Die Polizei verhängte über ihn eine Geldstrafe von 100 Mark wegen Verübung groben Unflugs. Genosse Müller beantragte gerichtliche Entschädigung. Vor dem Schöffengericht wollte der Amtsanwalt die Strafe noch auf 150 Mark erhöht wissen. Er stimmte ein lautes Klageged über den Gebörzwang in Deutschland an. Ein Oberregierungsrat befandere als Zeuge, er und seine Gemahlin hätten sich durch das Wort lüchlich verletzt gefühlt. Ein evangelischer Hofprediger erklärte, es sei eine Schande daß in Deutschland dem Volke so etwas geboten werden könnte; der Staat zwinge doch keine Mauer zu gebären. Auf Befragen des Verteidigers erklärte der Zeuge noch, von dem Gelegenheitsmitleid habe er noch nichts gehört. Der Gerichtshof erkannte nach dieser klärenden Zeugnis auf Freisprechung.

**Wegen Schutzmannsbeleidigung** erhielt Genosse Förster in Breslau 100 Mark Geldstrafe. Die Volkswacht hatte kritisiert daß der Schutzmann bei einer Differenz mit Rutschern den Säbel zog, obwohl er nicht angegriffen wurde. Das Gericht fand, daß der Schutzmann berechtigt war, den Säbel zu ziehen und bestrafte die Kritik mit 100 Mark Strafe.

## Soziales

**Eine Kommune auf Scharfmacherpfaden.** Die Elektrizitätswerke der Stadt Trier verlangen an ihre Beamten folgendes Zirkular:

Trier 9. Juni 1914.

An die Souleitor und Monteure!

Auf Grund einer Vereinbarung mit der Rheinischen Schudert-Gesellschaft, Bureau Iraben-Traubach, und mit der Eisenbahngesellschaft Soder u. Cie. in Saarlouis legen wir Sie hiermit davon in Kenntnis, daß in Zukunft keine Arbeiter, Hilfsmonteur oder Monteure, die bei der Rheinischen Schudert-Gesellschaft resp. bei Soder u. Cie. in Arbeit stehen oder gestanden haben, bei uns eingestellt werden.

Desgleichen sind die beiden vorgenannten Gesellschaften ebenfalls daran gebunden, keine Leute, die bei uns in Dienst stehen oder gestanden haben, in ihren Betrieben aufzunehmen.

Sie wollen hieron Kenntnis nehmen und danach handeln.

Elektrizitätswerke der Stadt Trier.  
Thiemann. Wiedmann.

Wie man sieht, greifen die Methoden der Scharfmacher bereits auf kommunale Betriebe über. Im Trierer Rathaus herrscht das Zentrum fast uneingeschränkt; man wird abwarten müssen, wie sich das Trierer Stadtverordnetenkollegium zu dieser Vereinbarung des häßlichen Wertes mit den beiden Scharfmacherfirmen stellt.

## Zur Lebensmittelversorgung.

Das preussische Statistische Jahrbuch veröffentlicht in seinem neuesten Jahrgange eine Zusammenstellung der Jahresdurchschnittspreise einiger wichtiger Lebensmittel in Preußen seit dem Jahre 1816. Wir geben daraus den folgenden Auszug wieder. Es kostete in Preußen:

Im Jahre	Korn 1000 Kilo	Korn Korben	Speiseölen Speißelöben	Eßbacken Eßbacken	Rindfleisch	Schweinefleisch	inländ. geraucht im Schmelz lehmig	Egbutter	Käse Käse	Eier p. Schab.	Pfeunige pro Kilo	
											Mark	Pfennige
1816 20	152	—	—	—	66	70	—	—	146	—	—	—
1820 30	87	—	—	—	47	54	—	—	102	—	—	—
1831 40	101	—	—	—	52	62	—	—	110	—	—	—
1841 50	123	—	—	—	57	71	—	—	119	—	—	—
1851 60	166	—	—	—	70	92	—	—	147	—	—	—
1861 70	155	—	—	—	87	104	—	—	178	—	—	—
1875	166	—	—	—	113	126	184	182	248	30	354	—
1880	193	27	33	7	114	122	171	184	220	32	322	—
1885	143	25	32	5	119	120	171	171	212	26	327	—
1890	170	26	32	5	126	130	188	181	221	20	352	—
1895	121	23	23	5	126	126	164	159	207	22	356	—
1900	143	26	28	5	126	129	156	153	224	26	363	—
1905	147	30	35	6	143	154	176	160	239	28	424	—
1910	150	37	40	8	159	162	190	187	267	29	457	—
1913	165	39	45	8	181	173	203	192	274	30	510	—

Was auch hier wieder als charakteristisch ins Auge fällt, ist das unterschiedslose Ansteigen aller Preise seit dem Jahre 1905, d. h. seit der Wirkung des neuen Zolltarifs von 1902.

**Wohnungselend im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.** Als kürzlich die Wohnungscommission des preussischen Abgeordnetenhauses eine Gasoppreife durch das Industriegebiet unternahm, hielt der Abgeordnete Giesberts eine Lobrede auf die Essener Wohnungspolitik, als deren Folge der Kommission „die Bilder blauäugiger und rotwangiger Kinder in steter Wiederkehr und in dichten Scharen“ in der Erinnerung bleiben würden.

Es ist nicht zu leugnen, daß die Bodenpolitik Essens in steigendem Maße den Grundbesitz der Stadt vermehrt hat, aber soweit er verkauft wird, kommt er nur für Billen und soweit er Genossenschaften zur Verfügung gestellt wurde, auch hier nur für „bessere“ Wohnungen in Frage. Das trifft zum großen Teil auch zu auf die Margarete-Krupp-Stiftung, die die Siedelung Wardaretenhöhe errichtete hat, und an der die Stadt zur Hälfte beteiligt ist.

Nachgerade entwickelt sich nun in Essen eine förmliche Wohnungsnot. Schon im 3. Quartal 1913 war die Prozentziffer der leerstehenden Wohnungen auf 0,94 Prozent gesunken, während 3 Prozent als normal angesehen werden. Die neuesten statistischen Veröffentlichungen der Stadt Essen zeigen eine weitere erhebliche Verschlechterung. Noch in keinem Jahr wurden so wenig neue Wohngebäude hergestellt wie 1913: 401 gegen 559, 1129 und 800 in den Vorjahren. Von den 1013 neuen Wohnungen (1,42 Prozent Zuwachs bei 4,10 Prozent Bevölkerungszunahme) entfiel noch nicht die Hälfte auf Kleinwohnungen bis zu drei Zimmern. Der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen ist auf 0,4 Prozent gesunken! Da für 1914 nicht auf mehr Neubauten als 1913 zu rechnen ist, erwartet das Statistische Amt für das laufende Jahr eine weitere Verschlimmerung der Wohnungsmarktlage, „falls nicht noch schnelle Maßnahmen zur Vermehrung des Wohnungsbestandes getroffen werden“.

Da die Stadt Essen über großen, oft außerordentlich billig erworbenen Grundbesitz verfügt, könnte sie die Wohnungsnot lindern, wenn sie eine entsprechende Anzahl von Kleinwohnungen in eigener Regie herstellte, aber dazu lassen es die Haus- und Grundbesitzer wie die gerade in Essen mächtigen Grundstückspekulanten nicht kommen!

## Aus aller Welt

**Ein fetter Prozeß.** Vor dem Handelsgericht in Opatowitz gelangte am Dienstag ein sensationeller Champagnerprozeß zur Verhandlung, wobei es sich um eine Schadenersatzklage von nicht weniger als sechzehn Millionen Francs handelte.

**Eiserhuchstaf.** In Berlin schoß Dienstagabend in einem Lokal in der Linienstraße der 26jährige Gastwirtsgehilfe Hoff auf seine Frau, die von ihm getrennt lebt, vier Revolverkugeln ab, wahrscheinlich aus Eiserhuchstaf, und verletzte sie schwer, wenn auch nicht lebensgefährlich.

**Arbeitskampf in den Naphthawerken.** Der Streit in den Naphthawerken bei Baku dauert fort. Wegen des angeblichen Verlusts der Streikenden, jegliche Arbeit gewaltfam zu verhindern, wurden gegen 300 Streikende verhaftet. In Baku sollen Streikende verhaftet haben, die Behälter anzugründen.

**Bei einem Dachstuhlbrand** in Stettiner Vorort Pöde wurde Nachts der Kupferhändler Kappjowski von dem einrückenden Dachstuhl ertränkt, als er in das Giebelzimmer, aus dem er die Kinder barg, zurückkehrte, um Sachen zu holen.

**Falsche Steuerung.** Zu der Kollision des Begleitdampfers Cobra mit dem Dampfer Königin Luise wird authentisch mitgeteilt, daß die Ursache der Kollision, soweit bisher festgestellt ist, ein momentanes Versagen der Steuerung auf der Königin Luise gewesen zu sein scheint. Niemand ist verletzt worden. Die Reparaturen erfordern nur wenige Tage.

**Fliegertod.** Bei einem Fluge, den Oberleutnant Kolbe vom Infanterieregiment Nr. 97 in Saarburg mit Hauptmann Ruff vom Infanterieregiment Nr. 180 in Tübingen unternahm, kamen beide zwischen dem westlichen Teile des Ostorfer Sees und Hoerries so unglücklich zu Boden, daß Oberleutnant Kolbe ein Schädelbruch davontrug, dem er bald darauf im Garnisonlazarett erlag. Hauptmann Ruff erlitt einen Unterschenkelbruch.

**Fleischvergiftung.** In Berlin erkrankten nach dem Genuß verdorbenen Schinkens 25 Personen an Fleischvergiftung.

**Mord im Eisenbahnwagen.** Auf dem Wanner Bahnhof wurde ein furchtbares Verbrechen entdeckt. In einem Eisenbahnabteil erster Klasse fand ein Bahnbeamter eine von zahlreichen Messerstichen durchbohrte Leiche, die an einem Federriemen aufgehängt war. Der Ermordete war ungarischer Nationalität und trug 250 Mark bei sich. Er hat vermutlich eine größere Summe Geldes bei sich getragen.

**Ein neues Flugunder.** In Paris unternahm am Dienstag der amerikanische Flieger Sperry mit einem von ihm erfundenen automatisch stabilen Wasserflugzeug mit einem Fluggast mehrere Flüge, die Verblüffung erregten. Sperry ließ in 150 Meter Höhe das Steuer los. Der Fluggast stieg auf die Flügel und ging auf ihnen hin und her. Gleichwohl setzte das Flugzeug seinen Flug ungestört fort mit einer Geschwindigkeit von 100 Kilometern in der Stunde.

**„Empress of Ireland.“** Aus Rimousti wird gemeldet: Der Kommandant des Kreuzers „Esper“ ließ die Arbeiten zur Bergung der Leichen der „Empress of Ireland“ einstellen. Sonntag ist bei den Bergungsarbeiten ein Taucher umgekommen.

**Verurteilter Bankdirektor.** Aus Karlsruhe berichtet man: Der Direktor der im Sommer des Vorjahres verkrachten Darlehnsbank Vermimp aus Paris ist wegen betrügerischen Bankrotts zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

**Schweres Unglück beim Bau einer Untergrundbahn.** Aus New York wird gemeldet: Beim Bau der Untergrundbahn Brooklyn errichteten an einer im Ausschachten begriffenen Stelle Arbeiter eine Holzdecke, auf der Lastwagen vorfahren, um mit den abgegrabenen Sandmassen beladen zu werden. Durch eine zu große Belastung riß die Decke einen ungeheuren Kran mit sich in die Tiefe, wo 50 Arbeiter beschäftigt waren. Diese wurden laut Lokalanzeiger teils zerschmettert, teils durch den nachstürzenden Sand und die Steine getötet oder schwer verletzt.

# Lupa



**hochfeine**

## 2 Pfg.

### Cigarette

Specialmarken:

#### Salem Aleikum Salem Gold

echt mit Forma:

Orient-Tabak- u. Cigarettenfabrik  
Yenidze, Inhaber Hugo Zietz, Dresden



### Trustfrei!



## Wechsel-Königin Seife



ist garantiert rein, schont daher die Wäsche und bleicht dieselbe infolge des Gehaltes an bestem Terpentinöl.

Überall erhältlich.  
**J.M. Wendisch Nachf.**  
Seifenfabrik, Thorn



Sohnkommissionen mit Lohnfestsetzungsrecht in der Heimarbeit eingeführt. Deutschland hat seiner viel stärkeren Arbeiterpartei im Reichstag hat nicht solche Fortschritte zu verzeichnen gehabt. Und dabei spricht man von „verständiger“, auch die Interessen der Arbeitgeber berücksichtigen müssen „Sozialpolitik“. Die Schulpolitik hat den Arbeitern nichts gebracht. Auch in der schweren Zeit der Krise ist die lohnbrückende Ausländerzufuhr nicht unterbrochen. Die durchschnittliche Dividende der deutschen Aktiengesellschaften ist besonders bei den großen Bergwerksaktiengesellschaften gestiegen. Die Vermögen steigen beständig. Nach Steinmann-Bücher sind 400 Milliarden in Deutschland investiert (Hört, hört!), nach Rathenau halten 300 Kapitalbillionen die Schiffe Europas in der Hand. Ueber fast 150 000 Mitglieder mit 4 1/2 Millionen Arbeitern verfügen die Arbeitgeberorganisationen. Professor Hans Debrück erklärte, daß die Gewerkschaften eine Gefahr für den Industriestaat bilden, eine Gefahr, die abgewehrt werden muß durch ihre konfessionelle und politische Zersplitterung. Das muß eine Mahnung sein, hinzustreben auf eine Verständigung mit den anderen Gewerkschaften, wie es ja jetzt schon manchmal geschieht. (Sehr richtig!) Nicht seitens unserer Gewerkschaften drohen Gefahren, sondern der moderne Kapitalismus entwickelt und verflücht Kulturwerte und Nationalität. Für unsere Industrie und die gesamte Arbeiterklasse ist der Besitz an Kohle und Erz von größter Bedeutung. Wie wird aber damit umgegangen? Liegt nicht eine große Gefahr für die Nation darin, daß der Bergbau ohne Rücksicht auf die großen allgemeinen Interessen betrieben wird? Ganze Gemeinden werden durch die Zechenstilllegungen in Gefahr gebracht, Tausende Arbeiter werden mit einem Schlag aus ihrem Ort und Erwerb vertrieben. Wo aber sind die bürgerlichen Sozialpolitiker, die Regierungsmänner, die gegen dieses frowehhafte Treiben Protest erheben? Die Kapitalgewaltigen halten und walten, wie sie wollen. Einer neuen nationalen Gefahr treiben wir entgegen, dadurch, daß der Staat und die Gemeinden die Ausnutzung der wertvollen Wasserkräfte der privaten Spekulation überlassen. Bei dieser Sachlage sind die Gewerkschaften für die Masse des Volkes der einzige Rückhalt geworden, um bessere Verhältnisse durchzusetzen, da, wo die Gesetzgebung versagt. (Sehr wahr!) Die Gründung des Kartells der schaffenden Stände ist ein nur zu deutliches Zeichen der Zeit. Die wenigen Männer im bürgerlichen Lager, die dagegen auftreten, wie Professor Brentano, verdienen unser aller Achtung. Das Großkapital ist durch die zum Teil gutbezahlten Stellen, die es bietet, seinen korumpierenden Einfluß weit hinein bis in das Lehrstuhlvolk. Nun frage ich den Staatssekretär: Was ist an Sozialpolitik für die Arbeiter zu sehen? Die Fabrikinspektorenberichte betonen durchweg, daß die hohen Lebensmittelpreise gar keinen Ausgleich durch entsprechende Lohnherabsetzungen gefunden haben. Die Zusammenstellung der Fabrikinspektionen über das Alter der Fabrikarbeiter ergibt, daß die Arbeiter mit 40 Jahren verbraucht und entwertet auf die Schutthalde geworfen werden, wie wertloser Abfall, in einem Alter, wo der Mensch auf der Höhe seines Schaffens steht. Wer darüber hinaus noch beschäftigt wird, ist das Gnadenbrot in untergeordneten Stellungen. Dafür werden junge Arbeitskräfte von den Landstrafen und Grenzen an die Maschine herangeschleppt, denn der 40jährige Arbeiter verdirbt ja nicht mehr ein nutzbringendes Objekt für die Ausbeutung zu sein. (Sehr gut!) In diesen Zuständen muß gerüttelt werden. Unvorstellbar beherrschend ist das Vorkommen der Arbeiter vom Lande in die Stadt. Die völlige Rechtslosigkeit der in Massen hereingeklebten Ausländer, die entsetzliche Not, mit der sie behandelt werden, haben sich leider auch hier und da auf unsere eigenen landwirtschaftlichen Arbeiter übertragen. (Hört, hört!) In der Bekämpfung der Tuberkulosegefahr haben sich die Gewerkschaften durch ihre Bemühungen auf Herabsetzung der Arbeitszeit große Verdienste erworben. Am wirksamsten wird die Tuberkulose durch eine gründliche Wohnungsreform bekämpft, indem die Gemeinden eigene Arbeiterwohnungen bauen und in Selbstregie nehmen. Die sozialpolitische Bilanz der letzten Jahre schließt durchaus zu ungunsten der Arbeiter ab. Von einer Gleichstellung der Arbeiter mit dem Unternehmer, von einer Erweiterung der sozialpolitischen Fürsorge ist keine Rede. Die durchaus mangelhaften Schutzbestimmungen werden nicht einmal eingehalten. Ueber die Zahl der Bestrafungen wegen Verletzung der Arbeiterschutzbestimmungen regt sich niemand in den bürgerlichen Kreisen auf. Wie verschwinden doch ihr gegenüber die paar Fälle von Terrorismus, die maßlos aufgebauht werden. Es ereignen sich jährlich 10 200 tödliche Unglücksfälle. In dieser Zahl steckt viel Schicksal des deutschen Unternehmertums. Heute wird in der Industrie mit Menschenleben gespielt, und Menschenwerte werden außerordentlich gering eingeschätzt. (Lebhafte Zustimmung.) Die Stellung der Gewerbeinspektoren muß unabhängiger gestaltet werden, denn viele von ihnen zeigen, daß sie in der Abgabe von Urteilen über Missetatende eingeschränkt sind. Die Haltung der Regierung auf der Internationalen Arbeiterschutzkonferenz in Bern im vorigen Jahre ist in der Frage der Herabsetzung des Schulalters für die Nachtarbeit durchaus von den Interessen der Großindustriellen diktiert worden. Diese eine Tatsache widerlegt alle die schönen Reden über den Jugendschutz. Der Widerwille der Regierung gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt zeigt sich auch im Hausarbeitsgesetz. Nichts geschieht gegen die Gefahren der gesundheitschädlichen Industrien. Auf allen Gebieten Stillstand. Unsere Forderung aber muß dem Fortschritt gelten. Aber wenn auch der Appell an die Gesetzgebung vergeblich ist, so dürfen wir auch nicht die Wirkung unserer gewerkschaftlichen Selbsthilfe unterschätzen. Die passive Haltung der Regierungen muß umso lebhafter die Aktion der Gewerkschaften anregen. Nicht in der Anwendung von Mitteln, die mit tönenden Worten angekündigt werden, erblicken die Gewerkschaften ihre Macht, sondern in der ruhigen, kühlen Abwägung des Erreichbaren. (Sehr richtig!) Wir bedürfen nur eines: Wir bedürfen der Bewegungsfreiheit, und wir werden mit aller Fähigkeit an dieser grundrhythmischen Forderung festhalten. Bewegungsfreiheit nach allen Seiten und Gleichstellung mit den Gegnern! (Lebhafte Zustimmung.) Die Gewerkschaften haben den Weg der Gesetzlichkeit nicht verlassen. Wird aber von den herrschenden Kreisen der Boden des gleichen Rechts verlassen, dann ist auch für uns die Grundlage der Laktion verschoben. (Sehr richtig!) Die deutsche Arbeiterbewegung wird sich von niemandem daran hindern lassen, in ihrem Kampfe gegen kapitalistische Ausbeutung und Herrschaft fortzuführen. (Bravo!) Eine Arbeiterkraft, die aus eigener Kraft in den Gewerkschaften, in den Genossenschaften und auf politischem Gebiet so festgelegte hohe Werte geschaffen hat, einer solchen Arbeiterkraft können durch die Maßnahmen der Justiz und der Polizei wohl die großen Klaffengengnisse vor Augen geführt werden, aber zu vernichten sind diese Schöpfungen der deutschen Arbeiterkraft nicht. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Redner unterbreitet dem Kongress die folgende Resolution: „Die Förderung der sozialen Gesetzgebung wird immer in den von kapitalistischen Interessen beherrschten Staaten auf starken Widerstand stoßen. Von engherzigen materialistischen Gesichtspunkten geleitet, glaubt die Kapitalistenklasse in jeder Einengung ihrer herrschenden Stellung gegenüber den Arbeitern die Schädigung ihrer unantastbaren Interessen zu erblicken. Selbst der unbedeutendste Eingriff in ihr freies Schalten und Wollen wird nicht selten als mit dem Staatswohl und dem gesamten wirtschaftlichen Interesse in Widerspruch stehend, hingestellt. Das Gesamtinteresse ist nicht das Kapitalisteninteresse. Volksgesundheit und wirtschaftliches Wohlergehen der Volksmassen müssen höher stehen als die Förderung des Ansehens der Reifenermögen und der wirtschaftlichen Machtentfaltung einer verhältnismäßig kleinen Gruppe kapitalistischer Interessen. Wenn gegenwärtig von einflussreichen Untertanen, hingererbten Händen lauter als je der Ruf nach einem Stillstand der Sozialpolitik erklingt, so hat dafür nicht die angeblich hohe Entwicklung der sozialen Gesetzgebung den Anreiz gegeben, sondern das Drängen der Kreise nach politischer und wirtschaftlicher Machtentfaltung und Unterdrückung der Arbeiterklasse. In diesem Ringen um die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse fordert der Kongress die Arbeiterkraft auf, ihre Kräfte in der Organisation zu sammeln, in der Gewerkschaft die Position zu stärken, von der aus die Abwehr reaktionärer Maßnahmen möglich ist, und dem Fortschritt aus eigener Kraft der Weg gebahnt wird. Hier kann die Arbeiterkraft als Dränger und Mahner erscheinen. Nicht Stillstand, sondern Fortschritt in der Sozialpolitik soll unser Kampfruf sein.“

In der Debatte begründet Roth-Berlin (Buchbinderverband) einen Antrag seines Verbandes, die Generalkommission möge eine Korrespondenz herausgeben, die als Materialsammlung für die

gewerkschaftlichen Funktionen zu dienen hat. — **B r u d n e r** - Berlin (Buchbinderverband) begründet einen weiteren Antrag seines Verbandes auf Veranstaltung einer allgemeinen Enquete über die Unfallgefahren in allen Berufen, die bezwecken soll, von den Behörden stärkere Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter sowie ein gänzlichliches Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen an gefährlichen Maschinen zu verlangen. — Schließlich liegt noch ein dritter Antrag des Buchbinderverbandes vor, bei wichtigen Tagesfragen schnellstens Denkschriften herauszugeben, die die Angriffe der Gegner zurückweisen und an alle Interessenten verschickt werden sollen. — Eine solche Denkschrift hätte bei der jetzigen Hebe gegen das Koalitionsrecht gute Dienste leisten können. — **B a u e r** (Generalkommission) warnt vor der Herausgabe noch weiterer Korrespondenzen und wendet sich auch gegen den Antrag auf Herausgabe aktueller Denkschriften, der offene Türen einrenne. Die Generalkommission sei bisher stets auf dem Posten geblieben. Eine allgemeine Unfallenquete herauszugeben, sei eine Unmöglichkeit, da die Unternehmer schwerlich ihr Zutritt zu ihren Betrieben erlauben würden. Dagegen empfiehlt der Redner die Annahme eines Antrags, der verlangt, daß die Fehler und Mängel, die sich bei der Durchführung der Reichsversicherungsordnung ergeben haben, schnelligt durch eine Novelle abgestellt werden. (Beifall.) — **T e u b e r** - Bochum (Bergarbeiter) kritisiert das System der Sicherheitsmänner und meint, daß die organisierten Arbeiter eines Tages diese Einrichtung in den Winkel werfen werden. — **P a u l** Müller - Berlin (Transportarbeiter) erklärt sich wenig befriedigt mit der Tätigkeit der „Sozialpolitischen Abteilung“, die den auf sie gesetzten Erwartungen nicht gerecht geworden sei. — **S a b a t h** - Berlin (Schneider) bespricht die trotz Reichsgesetz und Reichsversicherungsordnung immer noch bestehende Rechtslosigkeit und Schutzlosigkeit der Heimarbeiter. Von den fakultativen Bestimmungen habe bisher noch keine Behörde Gebrauch gemacht. Alle Heimarbeiter müssen sich organisieren, sonst wird ihnen der gesetzliche Schutz nicht zuteil. — **K a i t h** - München (Holzarbeiter) betont die Notwendigkeit anschaulicher Darstellungen über die Unfallgefahren in allen Berufen. Der Arbeiter dürfe seine verkrüppelte Hand nicht in die Tasche stecken, sondern müsse sie erheben, um der Verantwortlichkeit zu zeigen, wie er Leib und Seele täglich zu Warte tragen muß. — **H o d e l** - berg - Altona (Tabakarbeiter) spricht für diese am ehesten entlohten Arbeiterklasse. — Nachdem noch **S c h m i d t** - Berlin (Landarbeiter) die Rechtslosigkeit seiner Berufscollegen in den Landstrafenlassen geschildert hatte, werden die Anträge Robert Schmidt und Bauer einstimmig angenommen. Die Anträge des Buchbinderverbandes werden, soweit sie einen Hinweis auf die große Unfallgefahr enthalten, angenommen, im übrigen zurückgezogen.

Den Bericht des Zentralarbeitersekretariats erstattete **B i s s e l**. Er kritisierte vor allem die Rechtsprechung des Großen Senats des Reichsversicherungsamtes, die an sozialer Bestimmung weit zurückbleibe, selbst hinter der Rechtsprechung des preussischen Oberverwaltungsgerichts, auf das doch jetzt die preussische Polizei alle Hoffnungen für ihr Vorgehen gegen die Gewerkschaften setze. Deshalb hätten die Arbeiter die Pflicht, sich so eifrig wie möglich an den Wahlen zu den Versicherungsorganen zu beteiligen und vorzuziehen, warmherzige und wohlunterrichtete Männer müssten gewählt werden, wenn die Versicherung wirksam durchzuführen werden soll. Den Arbeitern dürfe die Wahlbeteiligung nicht reaktionär erschwert und verteuert werden. Diesem rücksichtsvollen Geist ruhen die Gewerkschaften entgegen: vorwärts mit dem Willen zur sozialen Tat, vorwärts im Interesse der Gesamtheit! (Beifall.)

**D a e h n e** - Berlin (Bauarbeiter) schilbert auf Grund einer 20jährigen Mitgliedschaft beim Reichsversicherungsamt, wie sehr die Rechtsprechung zum Nachteil der Arbeiter beeinflusst wird durch Fälle, in denen Arbeiter trotz Arbeitsfähigkeit sich Rente zahlen lassen. Die Beschäftigung dieser Arbeiter schädige die Gesamtheit. Auch dieser Redner bedauerte die Interesslosigkeit der Arbeiter bei den Versicherungswahlen, ebenso Reichstagsabgeordneter **G l e b e l** - Berlin (Bureauangestellter): Zur Vertreibung weiterer Versicherungsmitglieder die Beschäftigten sich an den Wahlen zu den Versicherungsträgern mehr beteiligen. Die heutige Agitation lasse viel zu wünschen übrig. — **B e d e r** - Bochum (Bergarbeiter): Wir müssen unsere Mitglieder erziehen, daß sie sich Unrecht nicht mehr gefallen lassen.

Damit schließt diese Debatte. Es folgt die Beratung einer Reihe von Anträgen der Zahllosen Ältesten des Bauarbeiterverbandes, der Fabrikarbeiter und des Metallarbeiterverbandes. Alle drei Anträge wenden sich aus grundsätzlichen Gründen gegen die Bevorzugung von Mitgliedern des Transportarbeiterverbandes bei der Aufstellung an Konsumvereine, die sich auf einen Tarifvertrag zwischen dem Transportarbeiterverband und dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine stütze.

**R a d d e n** - Lübeck (Fabrikarbeiter): Unsere Anträge entsprechen einer in Lübeck herrschenden allgemeinen Unzufriedenheit. Alle Berufe haben das gleiche Recht auf freiwählende Stellen in den Genossenschaftsbetrieben. — **B a u e r** (Generalkommission): Die Annahme dieser Anträge würde allen gewerkschaftlichen Grundgesetzen widersprechen und einer Bettnerwirtschaft der einzelnen Gewerkschaften in den Genossenschaftsbetrieben Tür und Tor öffnen. Früher wurden freiwählende Stellen auf Grund persönlicher Beziehungen besetzt. Der geltende Tarifvertrag bestimmt, daß die Konsumvereine bei Einstellung von Transportarbeitern den Nachweis des Transportarbeiterverbandes benützen müssen. Daran kann kein Verband etwas ändern. — **S c h u m a n n** - Berlin (Transportarbeiter) schließt sich diesen grundsätzlichen Ausführungen an. — **L h o l t** - Woldenburg (Bergarbeiter) bespricht sich darüber, daß trotz der Mahnung vieler Bergarbeiter im Grubenbezirk Pless, die in Genossenschaftsbetrieben freigeordneten Stellen mit aus Vreslau herangeholten Transportarbeitern besetzt werden. — **V a s s e n** - Hamburg (Maler) fordert entschieden, daß alle in den Genossenschaftsbetrieben beschäftigten Arbeiter auch Mitglied bei den Genossenschaften werden.

Alle drei Lübecker Anträge werden angenommen. (Anrunder Vorsitzender **R e g i e n**: Selbstverständlich werden durch diese Beschäftigung stehende Tarifverträge nicht beeinträchtigt. (Heiterkeit und Unruhe.) — Vorsitzender **R e i p a r t**: Der Kongress hat sich nur auf den Standpunkt stellen wollen, daß der Transportarbeiterverband nicht in allen Fällen und ohne jede Ausnahme das Recht für sich in Anspruch nehmen darf, die Stellen in den Genossenschaftsbetrieben zu besetzen. — **S c h u m a n n**: Diese Erklärung kommt post festum. Die hätte vor der Abstimmung abgegeben werden müssen.

Der Generalkommission und allen Unterabteilungen wird einstimmig Entlastung erteilt. Als letzter Punkt folgt die Beratung über das Koalitionsrecht, das Zusammenwirken der Gewerkschaften Deutschlands. (Beifall.) Durch die Presse bekannt gewordene Regutatio stellt das Koalitionsrecht der Gewerkschaften fest und erstreckt es auch auf die von Grenzstreitigkeiten und auf die Erhebung von Beiträgen bei großen Arbeitskämpfen. Mit zur Debatte steht ein Antrag des Fabrikarbeiter Magdeburgs, wonach den Gewerkschaften mit mehr als 75 000 Mitgliedern in der Generalkommission eine Vertretung zu gewähren ist.

**R e g i e n** begründet das Regutatio im Einverständnis mit, daß die Konferenz der Vorstandsvertreter den Magdeburger Antrag abgelehnt hat. — **G r o s s m a n n** - Magdeburg, einer der Fabrikarbeiterverband empfinde die Nichtverwertung in der Generalkommission als eine Zurücksetzung, während **P a c e n o w** es für richtiger hält, die Zahl der Generalkommissionen zu vermindern.

Eine Abstimmung erfolgt noch nicht. Die weiteren Verhandlungen werden auf Mittwoch vertagt. Für die noch nachmittags haben die Münchener Genossen eine Einladung erhalten, an einer Dampferfahrt auf den Starnberger See.

**Danziger Nachrichten**  
Wohin reisen wir in diesem Jahre?  
„Wohin wir reisen? Nun, selbstverständlich doch dorthin, wo man sich erholen kann, wo man sich nicht vor der drückenden Sommerglut ins Gebirge! Unsere Mittel erlauben uns das doch, liebster Gatte! Außerdem die allsommerliche Kur

eine gesellschaftliche Pflicht und ich möchte keinesfalls hinter Professoren oder Kommerzienräte zurückstehen. Reisen jene nach Enyl, dann fahre ich nach Tirol!“

So sprach die gnädige Frau, und der Herr Gemahl kam nur zu einem schlüchternen: „Gewiß, liebes Kind! Aber ich — meine —“ „Bitte, behalte deine Meinung hübsch für dich, ich kenne sie sowieso schon. Mein Programm für die Saison steht fest!“ Und es bleibt bei dem Willen der „Gnädigen“. Sie reißt mit Bubi voraus und er kommt nach; vorher aber, das nimmt sich der Eheherr ganz im Stillen fest vor, werden noch ein paar interessante Strohwitwenstücken gemacht. Daß das „liebe Kind“ nur erst weg sein — heißt dann —

Das Baden ist beendet, das Dienstmädchen muß mit oder ohne Kostgeldentschädigung zu seinen Eltern, die Sechszimmerwohnung wird abgeschlossen und die Schlüssel zur Wache und wohnung wird abgeschlossen und die Schlüssel zur Wache und „Hebrige“ geregelt, eine reizende kleine Villa ist gemietet — morgen geht die Reise los! — Ganz so schnell wie hier gesagt, geht es zwar auch bei den sogenannten vornehmen Herrschaften nicht, wenn sie ins Bad reisen wollen, aber bestimmt und schmerzlos wird der Reiseplan gefaßt und sicher ausgeführt. Die Kosten machen keine Sorgen, denn „wir habens ja!“

Es sei uns ferne, ändern das zu mißgönnen, was wir selber so gerne haben oder gerne haben möchten. Einem je dem tüchtigen, das ganze lange Jahr schaffenden Menschen tut Erholung not; einerseits, ob er seine Geisteskräfte in stiller Studierstube oder die Kraft seiner Arme in rauchender Schmelde dem Dienste der Allgemeinheit weihet. Doch, wie wenigen Arbeitern ist das bescheidene Glück einer sommerlichen Erholungspause beschieden! Freie Tage, ja Wochen und sogar Monate kennt der Arbeiter zwar auch, sie kommen nur zu häufig vor, im Winter wie im Sommer. Aber solche Arbeitspausen haben keine Nehmlichkeit mit dem süßen Nichtstun solcher Leute; was diesen ein Vergnügen ist, ist jenen eine Qual. Arbeitslos sein, ist etwas ganz anderes als frei sein von jeder Arbeit. Und doch gibt es mittlerweile auch Arbeiter, denen ein kleiner Sommerurlaub ohne Lohnverlust gewährt wird. Aber wenn bei diesen wenigen die Zeit dieses Urlaubs herangekommen ist, dann wird zwischen Frau und Mann die gewichtige Frage: Wohin reisen wir? gar schnell und einfach entschieden. Vater macht zwar den Vorschlag: „Was meinst du, Mutter, wenn wir beide zusammen nach Hamburg fahren würden, ich möchte doch gerne einmal Hagenbergs Tierpark sehen.“ Aber die immer sparsame, stets rechnende Mutter fertigt ihn ebenso schnell ab, wie die gnädige Frau ihren Herrn Gemahl, nur mit ganz anderen Gründen. „Du bist wohl nährlich geworden, wir sind doch keine Herrschaften“, utqueat se. „Außerdem denke doch daran, daß dir ein Anzug not tut; der Junge muß neue Stiefel haben, Anni ein Kleid“, und ich laufe noch mit dem Sommerhut vom vorigen Jahre herum. Nein, nein, lieber Mann, es geht nicht!“ Er steht da, daß sie recht hat und schweigt bedrückt.

So stehen denn die beiden hübsch zu Hause, gehen zusammen spazieren oder, und das ist noch etwas Besonderes, fahren mit dem Dampfer nach Hela oder Bohnsack, wo es sich so herrlich liegt im Sand an Strand.

Die Ferienwoche geht schnell zu Ende und bringt trotz aller Zerknirschtheit ein schmerzhaftes Defizit im Haushalt. Jetzt heißt es in den nächsten Wochen doppelt sparsam sein, denn die Winterzeit rückt schon wieder heran und vieles andere muß beschafft werden. Unterdessen verliert die gnädige Frau in **W e r a n** - ur herrliche Tage, sie denkt kaum an „zu Hause“. Die Gesellschaft ist so interessant, die Kavaliere sind so riesig aufmerksamer — wach ein Glück, daß „Ihn“ bringende Geschäfte in der Stadt festhalten! So hat der Gemahl wenigstens geschrieben, und trotz aller Zweifel, denn sie kennt ihn, glaubt sie's gern. Das Badeleben kostet zwar ein Heibengeld, aber was nützt. Wir habens ja, die Fabrik bringt alles wieder ein.

**Die Wohnungsfrage als Lohnfrage.**  
Dieses Thema besprach der Direktor des Statistischen Amtes, der Stadt Schöneberg, Dr. **K u c z i n s k i**, in einer gut besuchten Versammlung, die die hiesige Ortsgruppe des Bundes deutscher Bodenreformer am 22. Juni in die Gewerkschaft einberufen hatte. Sie wurde von dem früheren Stadtschreiber, Fabrikbesitzer **H a r t m a n n**, geleitet. Der Vortragende führte aus, daß die große Masse der Arbeiter unter unbefriedigenden Wohnungsverhältnissen lebe. Es gäbe eigentlich nur die Wohnungsfrage. Sie sei nicht etwa eine von mehreren gleicher Bedeutung. Die Verbesserung der Wohnungen schütze gegen die meisten sozialen Schö-

**Sie können**  
unendlich lange suchen, ehe Sie einen besseren Stiefel zu gleich billigem Preise finden, wie bei uns. [792]

**Kommen Sie**  
also lieber gleich zu uns, wir werden Sie in jeder Hinsicht zu Ihrer Zufriedenheit bedienen.

**Die neuen Sommer-Schuhe und -Stiefel**  
für die Strasse, für Sport u. Reise  
in allen modernen Ausführungen, haben wir  
bedeutend ermässigt.

**Stiefelkönig** G. M.  
b. H.  
Breitgasse Nr. 120.





den; der Tuberkulose und der Säuflingssterblichkeit würde dadurch entgegen gewirkt. Die ständige Verderbtheit würde vermindert. Mehr Rekruten seien zu erwarten. Der Alkoholismus würde weniger Opfer fordern. Auch in politischer Hinsicht würde es besser sein, wenn sich die großen Massen in Deutschland nicht mehr als Proletariat fühlten. Unsoziale Bauordnungen und schlechte Bauverhältnisse seien Gründe für schlechte Wohnungen. Diese Umstände verursachten, daß die Wohnungsfrage so verwickelt beurteilt würde. Vorwiegend besonders von der organisierten Arbeiterschaft aller Richtungen wurde die Wohnungsfrage aufgefaßt. Man sei der Ansicht, daß der steigende Lohn auch die Wohnungsfrage löse. Ähnlich behaupteten die Hausbesitzer, daß die schlechten Wohnungen so lange bleiben würden, als es Armut gäbe. Obgleich dieser Satz, nach Meinung des Redners, kaum angezweifelt werde, halte er ihn für falsch. Andernfalls müßten Lohnsteigerungen die Besserung der Wohnungsverhältnisse ohne weiteres zur Folge haben. Das sei aber durchaus nicht der Fall. Zahlenmäßig bewies Redner, daß die Löhne erheblich gestiegen seien, ohne daß eine Milderung des Wohnungselends eingetreten sei. Auch in Danzig sei der ortsübliche Tagelohn seit 30 Jahren von 1,80 Mark auf 3.— Mark gestiegen. Von 1904 bis 1913 stiegen hier die Löhne der Schlosser von 18,20 Mark bis 24.— Mark, der Tischler von 20,30 Mark bis 28,50 Mark, der Maurer von 30 Mark auf 36 Mark, der Bauarbeiter von 18.— Mark auf 27,50 Mark. Trotz des Steigens der Gehälter sei die Besserung der Wohnungen jedoch zweifelhaft. Die Danziger Wohnungsstatistik, die erst 1899 begonnen wurde, erlaube keine Vergleiche für die Vergangenheit. Die Entwicklung lasse sich für Berlin besser übersehen. Mit dem Militärdenkmal nach dem siegreichen Kriege sah die Hauptstadt einen bedeutenden wirtschaftlichen Aufschwung. Tausende Arbeiter strömten in ihre Mauern und eine beispiellose Wohnungsnote war die Folge. Ein Reformplan des Oberbürgermeisters H o b r e c h t, der für 50 000 Menschen ideale Wohnungen schaffen wollte, wurde von den Stadtverordneten glatt abgelehnt. Die wesentlichen Wohnungsmängel zeigten sich in der Kleinheit, der ungünstigen Lage, Ueberfüllung, mangelndem Komfort und hohen Mietpreisen. 1875 gab es in Berlin 200 000, jetzt gibt es eine Million Wohnungen. Davon waren 20 000 und sind jetzt 25 000 Kellermwohnungen. Die Dachwohnungen verringerten sich. Die Zahl der Wohnungen im vierten und fünften Stock stieg jedoch von 20 000 auf 200 000. Die Wohnungen mit nicht mehr als einem heizbaren Zimmer hätten sich von 112 000 auf 400 000, in denen anderthalb Millionen Menschen wohnten, vermehrt. Rechne man eine Wohnung als überfüllt, wenn auf ein Zimmer mehr als vier Bewohner kämen, so gab es in Berlin 1875 28 000 solcher Wohnungen mit 184 000 Einwohnern, 1913 dagegen 100 000 Wohnungen mit 600 000 Bewohnern! Der Wohnungskomfort, das elektrische Licht, fehle fast ganz in Arbeiterwohnungen, sei nur unwesentlich gestiegen. Der Anteil der Miete vom Lohn sei jedoch seit 1875 fast gleich geblieben. Sei die Wohnungsfrage eine Lohnfrage, so müßten in den Städten mit höheren Löhnen aber auch bessere Wohnungen sein. In Berlin mit den höchsten Löhnen hätten nur 24 Prozent der Wohnungen mehr als vier Räume, in Hannover wären es jedoch trotz niedrigerer

Löhne 80 Prozent. In Berlin gäbe es 9,3 Prozent, in Hannover aber nur 0,8 Prozent überfüllter Wohnungen. Die Wohnungsfrage sei demnach keine Lohnfrage. In letzter Linie trage die Bedürfnislosigkeit der Mieter die Schuld an den Wohnungsverhältnissen. Der Militärsklausus in Berlin habe ein Terrain des Tempelhofer Feldes für 2 Millionen Mark verkauft, für das der Käufer gleich wieder für Bauplätze 3 Millionen Mark erhielt. Dieser Preis konnte nur erfüllt werden, weil 1000 Familien bereit waren, für die ungenügenden Wohnungen drei Monate ihres Arbeitslohnes herzugeben. Ein Quadratmeter Wohnung kostete 1 Mark Miete; in den teuersten Luxuswohnungen sei sie nicht höher. Hätte der ursprüngliche Preis nur 1 Million Mark gekostet, so hätte jede Wohnung nicht bloß ein Zimmer, sondern zwei Stuben erhalten können. Würden die Mieter diese Räume fordern, so würde der Kaufpreis auch niedriger sein. Als es noch keinen Arbeiterschutz und keine Organisationen gegeben habe, deuteten auch die Unternehmer die Arbeiter so aus, daß die Zukunft des Volkes bedroht war. So lange die Arbeiter Berlins bereit seien, in unzulängliche Wohnungen unterzukommen, würden sie auch keine besseren finden. Die Ansicht von der Anpruchslosigkeit der Mieter als Ursache der Wohnungsnot stehe in Widerspruch mit den sonst vertretenen Anschauungen. Nur die Frankfurter Zeitung habe neuerdings geschrieben, daß die Mieter sich wie die Tiere der Menagerie in die Käfige der Mietskasernen fügten. Die fünfjährige Mietskasernen durch die Schuld der Mieter eine nur in Deutschland vorkommende Eigenart. Danzig verfüge nach den Eingemeindungen über 6300 Hektar Fläche, fast genau soviel wie Berlin, und könne daher gute Wohnungen schaffen. In Bremen seien 53 Prozent aller Häuser Familienhäuser. Für 300 Mark Jahresmiete erhalte man dort drei Stuben mit Küche. Hier müßte dieselbe Miete schon für ein Zimmer gezahlt werden. Alle Kultur sei nur die Folge gesteigerter Bedürfnisse. Die Gewerkschaften, die die Massen für Lohnfragen interessiert hätten, müßten ihr Interesse auch für die Bedeutung der Wohnfragen wecken können.

Die Debatte leitete der Vorsitzende mit dem Wunsche ein, politische Auseinandersetzungen zu unterlassen, weil der Saal nur unter dieser Bedingung zu erlangen war. Lehrer F o h l b r ü g g e war nicht davon überzeugt, daß die Mieter die Wohnungsnot verursacht haben sollten. Dr. C a t o i r wünschte, daß die Stadt Wohnungen baue; daß bei Wahlen nur solche Vertreter unterstützt werden sollten, die derselben Ansicht wären. Der Hirsch-Dunkersche Stadtverordnete G l a s h a g e n, der Blockverbündete der schwarzblauen Hausagrarier, klagte, daß die — von ihm und den übrigen „Mietersvereinigern“ gewählten — Hausbesitzer im Rathaus die Wertzuwachssteuer abgelehnt hätten. Postsekretär F r ö s e sah in der Wohnfrage doch eine Lohnfrage, wenn die Wohnungen so teuer würden, daß der Rest des Einkommens nicht zur Lebenshaltung genüge. Die Bescheidenheit der Mieter sei in Berlin doch gewiß nicht groß. Die Verschäkerung des Grund und Bodens sei die Ursache des Wohnungselends. Sie müßte dadurch verhindert werden, daß das Volk sein Recht auf Grund und Boden zurück erhalte. H a r t m a n n mahnte dagegen, nicht unbedenken zu sein. Es müßte dafür gesorgt werden, daß die Wähler ihre Stimme entsprechend abgaben. Die Mehrheit des Magistrats sei gutwillig. Der Zentrumsagitor S c h ü m m e r zeigte

dann, was den Jünglingen München-Bladbach alles möglich ist. Seine schwarze Partei ist die stärkste Stütze der Hausbesitzer im Rathaus, was bei ihrer Volksfeindlichkeit nur selbstverständlich ist. Er tat aber so, als ob die hausagrarische Interessenspolitik keinen schärferen Gegner als ihn habe. Das Recht des Volkes auf den Grund und Boden tat er zwar mit einer Handbewegung ab. Er beklagte aber, daß die Gebildeten viel mehr von Afrika, als den heimischen Wohnungsverhältnissen wüßten. In Lichtbildern usw. sollten sie bei jeder größeren patriotischen und religiösen Veranstaltung vorgeführt und ihnen zugerufen werden: Wendet dies, das nur ist wahrer Patriotismus, das nur ist wahre Religion! So sprach derselbe Zentrumsamann, der bei der Stadtverordnetenwahl die Interessen der Arbeiter und Mieter ohne Widerspruch an die Hausagrarier verraten hat; genau so, wie er die katholischen Arbeiter des Landkreises an den Zuschaupolitiker D ö r f l e n verriet.

Der Referent bezweifelte den Nutzen von Lichtbildern, weil dagegen von Hausbesitzern schon der Vorwurf der tendenziösen Auswahl erhoben sei. Was in Bremen möglich war bei 25 Mark pro Quadratmeter Boden, sei bei 5—8 Mark für das neue Gelände in Danzig ebenfalls möglich. Die Gebildeten müßten den Ungebildeten klar machen, daß sie schlecht wohnten. Zu dem Gedankengang des Vortragenden möchten wir bemerken, daß die Wohnfrage durchaus nicht in der von ihm behaupteten einseitigen Beurteilung von der Masse der Arbeiter als Lohnfrage aufgefaßt wird. Daß die Hausbesitzer es tun, ist schon richtiger, auch viel verständlicher. Die Erfahrung haben die Hausbesitzer den Profetariern doch schon eingepaukt, daß es für höhere Miete noch lange keine bessere Wohnung gibt. Die unaufhörlich angezogene Mietschraube fürchten die Arbeiter und Hausfrauen nicht zuletzt als eine der wichtigsten Ursachen der Entwertung des Lohnes. Es ist nicht auch so sehr die Bedürfnislosigkeit der Mieter, als die Unmöglichkeit, preiswerte und gute Wohnungen zu erhalten, die sie in die Höhlen der hausagrarischen Profitgier preßt. Da durch Genossenschaften das Wohnungsmonopol der Hausbesitzer nicht genügend eingeschränkt werden kann, so muß die Gemeindeverwaltung durch den Bau von Häusern eingreifen, wie die Sozialdemokratie allein mit dem notwendigen Nachdruck fordert. Gibt es die billigen und besseren Wohnungen, so wird sich sofort zeigen, daß die angebliche Bedürfnislosigkeit der Mieter, ihrer Benützung nicht entgegensteht. Die Stadt wird ihre soziale Pflicht auf diesem Gebiete aber nur dann erfüllen, wenn sie durch Vertreter des unter dem Wohnungselend leidenden Volkes unablässig dazu gedrängt wird. Mehr oder weniger — stets nur vor Wahlen! — bodenreformerisch gefärbte „Mietersvereiner“, die hier seit Jahren die Helfershelfer der Hausagrarier waren, kommen dafür natürlich nicht in Frage. Nur durch die Wahl sozialdemokratischer Stadtverordneter wird auf die notwendigen Wohnungsreformen gedrängt. Dadurch beweisen die Mieter zugleich am besten, daß es durchaus nicht richtig ist, wenn die Sünden der Hausbesitzer durch ihre Bedürfnislosigkeit entschuldigt werden sollen.

**Achtung! Nur 4 Tage! Achtung!**

Von Donnerstag den 25. bis inkl. Sonntag den 28. Juni 1914

**Großartige Volksbelustigungen**

a la Danziger Dominik, in Form einer Vogelwiese, auf dem bekannten Dominiksgelände vor dem Olivaer Tor anlässlich des Schützenfestes des

**Schützenvereins Danzig E. V.**

Unter anderem sei besonders hervorgehoben:

**Schmidt's Raubtier-Arena**  
Rollschuhlaufende Bären, Vimin der Wunderaffe, Der Todeslang im Löwentanz, Bärcamp, Wilde Löwendressuren.

**Finke's schwanfende Weltfugel**  
Effektvolles Lichtgeschäft.

**Sokol'skys Wandermuseum**  
unter anderem der Kölner Dom, das Produkt einer vierzehnjährigen Tätigkeit eines Arbeiters.

**Knoffallas Aeroplan-Bahn**  
Neuestes Fahrgeheiß der Jetztzeit. — Feenhaftes Beleuchtung.

**Walters dressierte Tiere**  
Spanische Stierkämpfe, ausgeführt von 8 Tieren.

Ohne Konkurrenz in Deutschland.

Ferner: Karussells, Russische und Amerikanische Lustschaukeln, Photographie, Zaubertheater und sonstige Schaustellungen aller Art. **Großes Schauheiß.** **Thornes Pfefferkuchen.**  
Eingeehnter Aufenthalt, direkt am Bürger-Schützenhaus. 794

**Wintergarten**  
Prolongiert Prolongiert

**Haase-Burlesken**

**Ein unheimlicher Gast** **Der Kuß im Steffenspart**

**Walter Bährmann**, der beliebte Humorist  
und Schläger des glänzenden Weltstadt-Programms  
vom 16. bis 30. Juni

Vorverkauf Zigarettengeheiß **R. Obst**, Heilige Geistgasse 13  
**Geb. Wetzel**, Stadtgraben 5.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband Danzig**

Am Sonntag den 28. Juni

**zweiter gemeinsamer Sommerausflug**

Tagestour im Olivaer Wald mit Führer.  
Abfahrt ab Danzig 7 Uhr nach Oliva.

Zahlreiche Beteiligung erwartet [792]

**Die Ortsverwaltung.**

NR Liederbücher nicht vergessen.

**Seien Sie vorsichtig**  
in der Wahl Ihrer Getränke.  
Es ist durchaus nicht egal, was Sie trinken. Ganz hervorragend wird Ihr Wohlbefinden sein, wenn Sie

**Greifensteiner Sauerbrunnen**  
und Greifensteiner mit Zitrone trinken. Der Feinschmecker wird immer wieder gerne diese Qualitätsmarken bevorzugen. Größter Versand des Ostens. General-Vertrieb: Adolf Weids, Danzig, Milchkanalgasse Nr. 32. Telefon 2870. [742]

Echt garantiert reingekachelten

**Schnupftabak**  
aus erstklassigen Kentuckyblättern empfiehlt die Schnupftabakkacheil

**Julius Gosda, Danzig**  
Rohntabakhandlung, [653]  
Häkergasse 5. II. Priestergasse Nähe der Markthalle.

**Fahrräder**  
sämtl. Zubehöerteile u. Reparaturen  
billig.

**Carl Sielaff**  
Dhra. (417)

**Wegen Todesfall**  
Total-Ausverkauf von Lederschuhen.  
Herren-Stiefel, Größe 44—47 von 4,50 an  
Damen-Lasting-Schnürstiefel 3,80 [688]  
Kinder-Rossleder-Halbschuhe, sehr stark, Gr. 22—35, noch alle Größ. am Lager, v. 98,5 an.  
E. & B. Schlichter, Heilige Geistgasse 141, Glodentor.

**Lichtstrahlen.** Monatliches Bildung-Organ für denkende Arbeiter. Herausgegeben von **Julian Borchardt.**

Preis pro Heft 10 Pfg. — Zum Abonnement empfohlen.  
Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.

**Karl Kantshy: Der Weg zur Macht**  
Buchhandl. Volkswacht, Paradiesgasse 32.

**Möbel aller Art**  
Schränke, Vertikos, Spiegel, Küchennöbel, Sofas und Garnituren, Teppiche sowie alle Polstermöbel, finden Sie in grosser Auswahl bei (353)

**A. Huse, Fleischergasse 77.**

**Schweinefleisch**  
zu soliden Preisen, außerdem (786)

**Shüringer Blut**  
u. Landlobertwürst  
Schlachthausware

**Fleisch-Zentrale**  
Tischlergasse 41-42.

**Wichtig! Wichtig!**

**Stempel-Schilder**  
Gravierungen  
Hering, Portchaiseng. A.  
BILLIGE PREISE

**Am Dörfnerhainfyrer**



Arbeits- und Lebenshilfe  
Wohnungsaufbauhilfen  
— **Opelgärten** —  
Anlagen für Gärten  
Einrichtungsmittel

**Fahrräder**  
von 45 M an, Mäntel von 2,50 M, Schläuche von 2,00 M an, sämtl. Ersatzteile u. Reparatur., Gramophone sowie Sprechapparate von 18 M an, Schallplatten von 1 M an, Stifte v. 25 M an, Gasbeleuchtungsartikel, Start- und Schwachstromartikel sowie deren Anlagen.

**Gerh. Brand**  
Mechaniker Danzig-Schidtky, 795] Rathhäuserstraße 43.

**Herren-Anzüge**  
billig zu verkaufen [499]  
Milchkanalgasse 15, 1 Tr.

**Möbel**  
in großer Auswahl [793]  
**Polstersachen**  
in jeder Ausführung  
zu bekannt billigen Preisen  
Am Spend-  
**R. Raddant, haus 5.**